

Die Führungsaufsicht

Möglichkeiten und Grenzen einer ambulanten Maßregel

DBH-Tagung „40 Jahre Führungsaufsicht“

9. Februar 2015, Kassel

Dr. Alexander Baur, M.A./B.Sc.

Bundesweite Evaluation der Führungsaufsicht

Forschungsvorhaben im Auftrag des BMJV
(2011-2013)

- dogmatische Aufarbeitung des Normkomplexes
- Auswertung von 600 Verfahrensakten bundesweit
- bundesweite Befragung von rund 1.000 Akteuren
- 20 Einzelinterviews und 6 Expertendiskussionen

Bundesweite Evaluation der Führungsaufsicht

offiziell Projekt abgeschlossen seit Februar 2014

Abschlussbericht erscheint im Sommer 2015 im
Tübinger Verlag Mohr/Siebeck:

Baur, Die reformierte Führungsaufsicht.

In: Baur/Kinzig (Hrsg.) – Die Führungsaufsicht.

Problembereiche der Führungsaufsicht

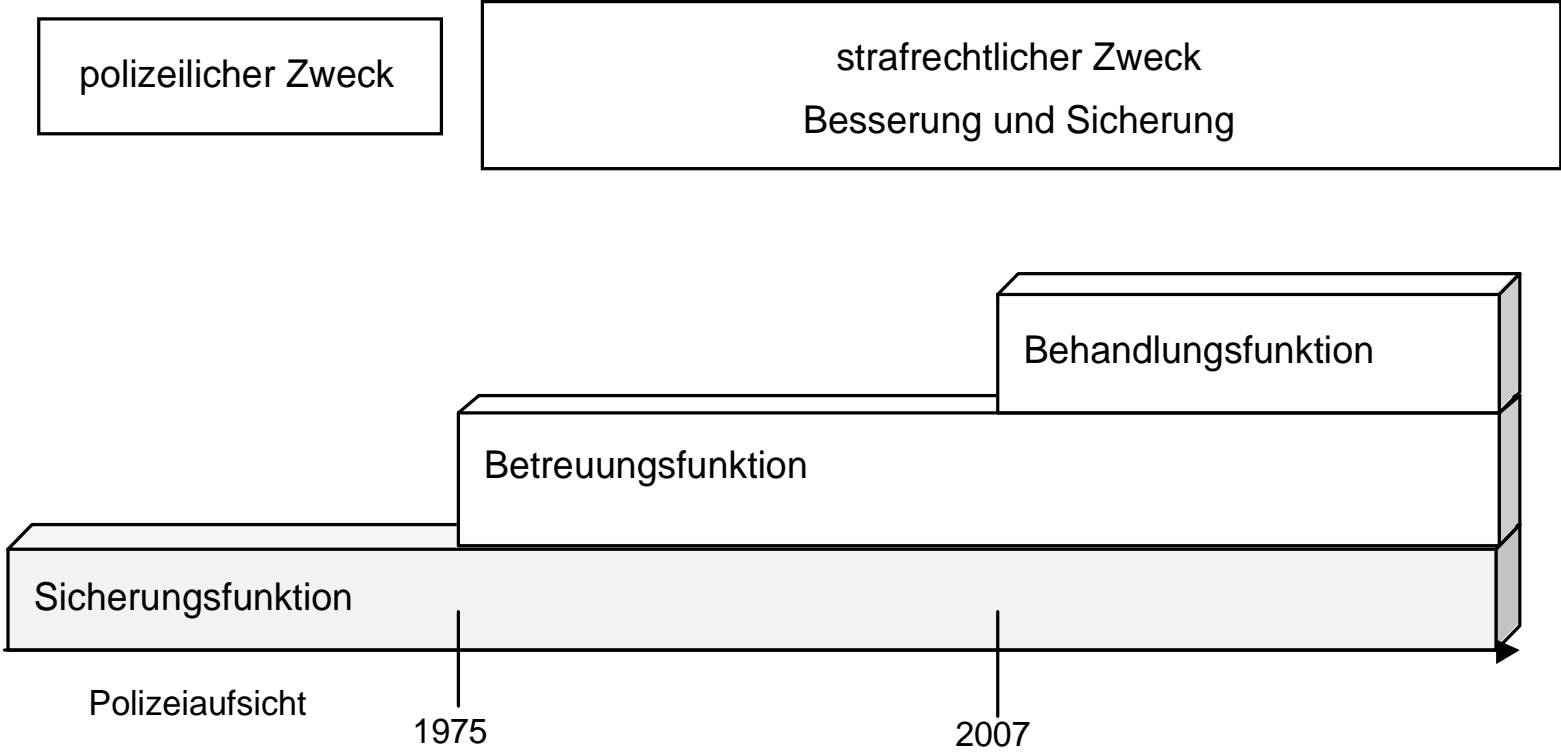
- I. Grundkonzeption der Führungsaufsicht
- II. Organisatorische Umsetzung der Führungsaufsicht
- III. Weisungen
- IV. Sanktionierung von Weisungsverstößen
- V. Dauer der Führungsaufsicht

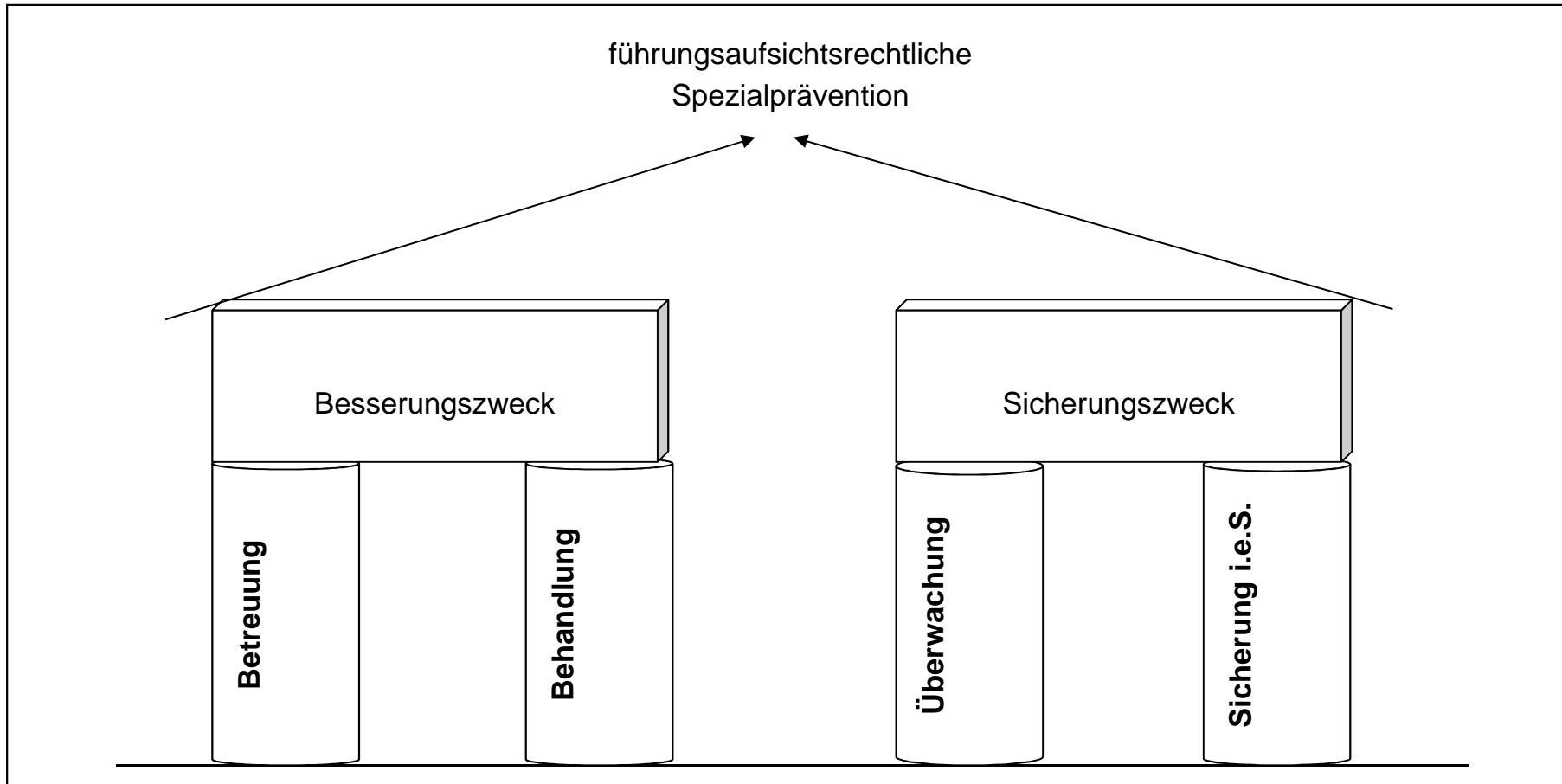
Problembereiche der Führungsaufsicht

- VI. Krisenintervention nach § 67h StGB
- VII. Ruhen und Beendigung von Führungsaufsichten
§ 68e StGB
- VIII. parallele Führungs- und Bewährungsaufsicht
§ 68g StGB
- IX. polizeiliche Flankierungsprogramme
- X. Fallkonferenzen
- XI. ...

Problembereich 1:

Die Grundkonzeption der Führungsaufsicht
Problemaufriss





die Führungsaufsicht als ambulante Maßregel

Folge:

Sicherungsstrukturen müssen im ambulanten Setting aktiv hergestellt werden und sind nie so effektiv wie die einer stationären Unterbringung.

Viele Probanden...

„...verschwinden aus dem Gesichtskreis der beaufsichtigenden Behörde auf Nimmerwiedersehen, um anderwärts ihr Wesen weiter zu treiben, wie die Kriminalpraxis täglich zeigt... Die Polizeiaufsicht ist ein stumpfes Schwert.“

Fuhr (1892)

die Führungsaufsicht als offene Maßregel

Im Unterschied zu den übrigen Maßregeln des StGB werden die Probanden nicht durch die Eintrittsgründe für die Maßregel selektiert.

Folgen:

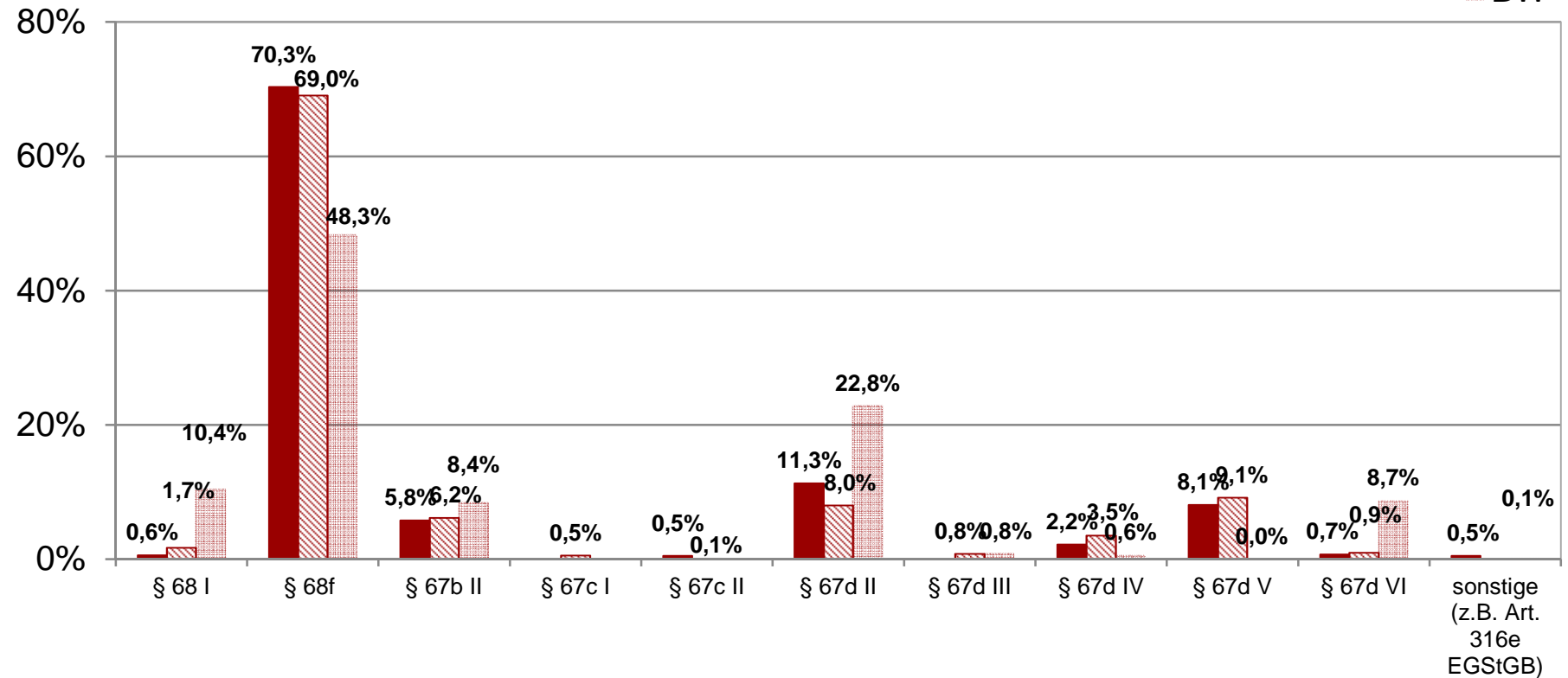
heterogene Probanden führen zu mehreren FA-Typen

Arten der Führungsaufsicht	aussetzungsbedingte Führungsaufsichten	anordnungs-, erledigungs- und vollverbüßungsbedingte Führungsaufsichten	
Typen der Führungsaufsicht	Typ-I-Führungsaufsicht	Typ-II-Führungsaufsicht	Typ-III-Führungsaufsicht
Probanden	besserungsintensiv	vermindert sicherungsintensiv	sicherungsintensiv
Eintrittsgründe (Auswahl)	§ 67b Abs. 2 StGB § 67c Abs. 1 StGB § 67c Abs. 2 StGB § 67d Abs. 2 StGB	§ 67d Abs. 4 StGB § 67d Abs. 5 StGB § 67d Abs. 6 StGB § 68 Abs. 1 StGB § 68f StGB	
Legalprognose	positiv	negativ	

Verteilung der Eintrittsgründe

n (HH) = 815
 n (NW) = 6.427
 n (BW) = 2.499

■ HH
 ▨ NW
 ▩ BW



die Führungsaufsicht als offene Maßregel

weitere Folgen:

- die Führungsaufsicht kann das mildere Mittel zu einem stationären Vollzug einer Maßregel sein.
(„Führungsaufsicht“)
- die Führungsaufsicht kann eine zusätzliche Sanktion nach Verbüßung einer (schuldabhängigen) Strafe sein
(„Sicherungsaufsicht“)

Typen der Führungsaufsicht	Typ-I- Führungsaufsicht	Typ-II- Führungsaufsicht	Typ-III- Führungsaufsicht
maßgebliches Sanktionsinstrument	§ 67g StGB (§ 67h StGB)	§ 145a StGB	
Sanktionsmacht	hoch	(eher) niedrig	
Verortung der Sanktionsmacht	führungsaufsichtsintern: Gericht im Sinne des § 68a StGB	teilweise führungsaufsichtsextern: Führungsaufsichtsstelle und allgemeine Strafgerichtsbarkeit	

die Führungsaufsicht als offene Maßregel

weitere Folge:

„gegenläufiges Kontinuum“

je positiver die Prognose, desto mehr Handlungsinstrumente stehen zur Verfügung

je negativer die Prognose, desto weniger Handlungsinstrumente stehen zur Verfügung

bei positiver Prognose

- **Bewährungswiderruf (§ 67g StGB)**
- **Krisenintervention (§ 67h StGB)**
- **Einhaltung von Weisungen nach § 68b Abs. 2 StGB über § 67g Abs. 1 Nr. 2 StGB**
- **Spielraum bei Verhältnismäßigkeit**
v.a. bei Weisungen nach Abs. 2 StGB
- **Ahndung von Weisungsverstößen (§ 145a StGB)**

bei negativer Prognose

- **Keine „Krisenintervention“; allenfalls über U-Haft**
- **Einhaltung von Weisungen nach § 68b Abs. 2 StGB nicht erzwingbar**
- **enger Spielraum bei Verhältnismäßigkeit**
v.a. bei Weisungen nach Abs. 2 StGB
- **Ahndung von Weisungsverstößen (§ 145a StGB)**
- **teilstationäre und ambulante Betreuungsstruktur?**

bei positiver Prognose

- **Bewährungswiderruf (§ 67g StGB)**
- **Krisenintervention (§ 67h StGB)**
- **Einhaltung von Weisungen nach § 68b Abs. 2 StGB über § 67g Abs. 1 Nr. 2 StGB**
- **Spielraum bei Verhältnismäßigkeit**
v.a. bei Weisungen nach Abs. 2 StGB
- **Ahndung von Weisungsverstößen (§ 145a StGB)**

bei negativer Prognose

- Keine „Krisenintervention“; allenfalls über U-Haft
- **Einhaltung von Weisungen nach § 68b Abs. 2 StGB nicht erzwingbar**
- enger Spielraum bei **Verhältnismäßigkeit**
v.a. bei Weisungen nach Abs. 2 StGB
- **Ahndung von Weisungsverstößen (§ 145a StGB)**
- **teilstationäre und ambulante Betreuungsstruktur?**

Typen der Führungsaufsicht	Typ-I- Führungsaufsicht	Typ-II- Führungsaufsicht	Typ-III- Führungsaufsicht
Umsetzung der FA	analog zur Strafaussetzung zur Bewährung, vgl. §§ 56ff StGB	dyadisch-exekutiv	triadisch-exekutiv
Übergangs- management	gut	defizitär	unterschiedlich

Typen der Führungsaufsicht	Typ-I-Führungsaufsicht	Typ-II-Führungsaufsicht	Typ-III-Führungsaufsicht
Ausgestaltung der Führungsaufsicht	gut	defizitär	unterschiedlich
Besonderheiten bei den Akteuren	häufige Beteiligung von Behandlungsakteuren (forensische Ambulanz)	Kapazitätsgrenzen der Betreuungsakteure	häufige Beteiligung der Polizei (polizeiliche Flankierungsprogramme)
ambulantes Setting	gut	defizitär	gut

Problembereich 1:

Die Grundkonzeption der Führungsaufsicht
Praktische Folgerungen

Führungsaufsichtsrechtliche Sicherung

- Sicherung im ambulanten Setting kann nie so effektiv sein wie eine Sicherung im stationären Setting
- realistische Einschätzung der Möglichkeiten der Führungsaufsicht
- keine Überforderung und Überfrachtung der Führungsaufsicht
EGMR-Parallelfälle

Ausgleich zwischen den Führungsaufsichtszwecken

- Besserung und Sicherung sind gleichrangige Zwecke der Führungsaufsicht und dementsprechend gleichermaßen und ausgewogen zu beachten
- bewusste Entscheidung des Gesetzgebers, die FA der Handlungslogik des Strafrechts zu unterstellen und der des Polizeirechts zu entziehen

Offenheit der Führungsaufsicht – FA-Typen

- Entwicklung differenzierter Handlungskonzepte (Makro-Ebene)
- Abstimmung des führungsaufsichtsrechtlichen Handlungsinstrumentariums auf den Einzelfall (Einzelfall-Ebene)

„gegenläufiges Kontinuum“

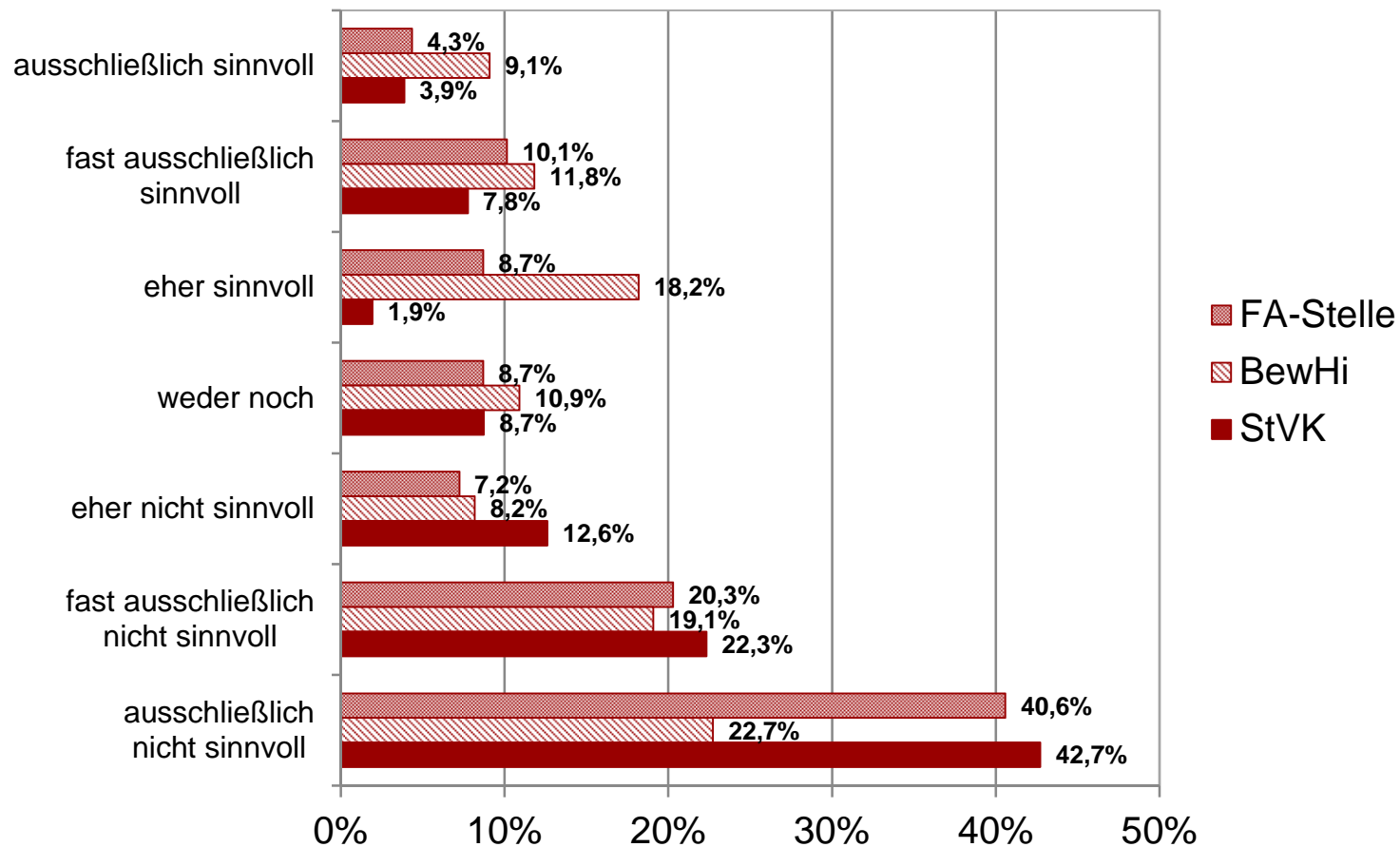
- Typ-II- und Typ-III-Führungsaufsichten als besondere Herausforderung
- Abkehr vom Konzept einer schuldunabhängigen Maßregel zur Erhöhung der Sanktionsstärke?

Modell der automatischen Bewährungsaussetzung?

n (FA-Stelle) = 69

n (BewHi) = 110

n (StVK) = 103



Problembereich 2:

Organisatorische Umsetzung der Führungsaufsicht
Problemaufriss

Idealvorstellung des Gesetzgebers (§ 68a StGB)

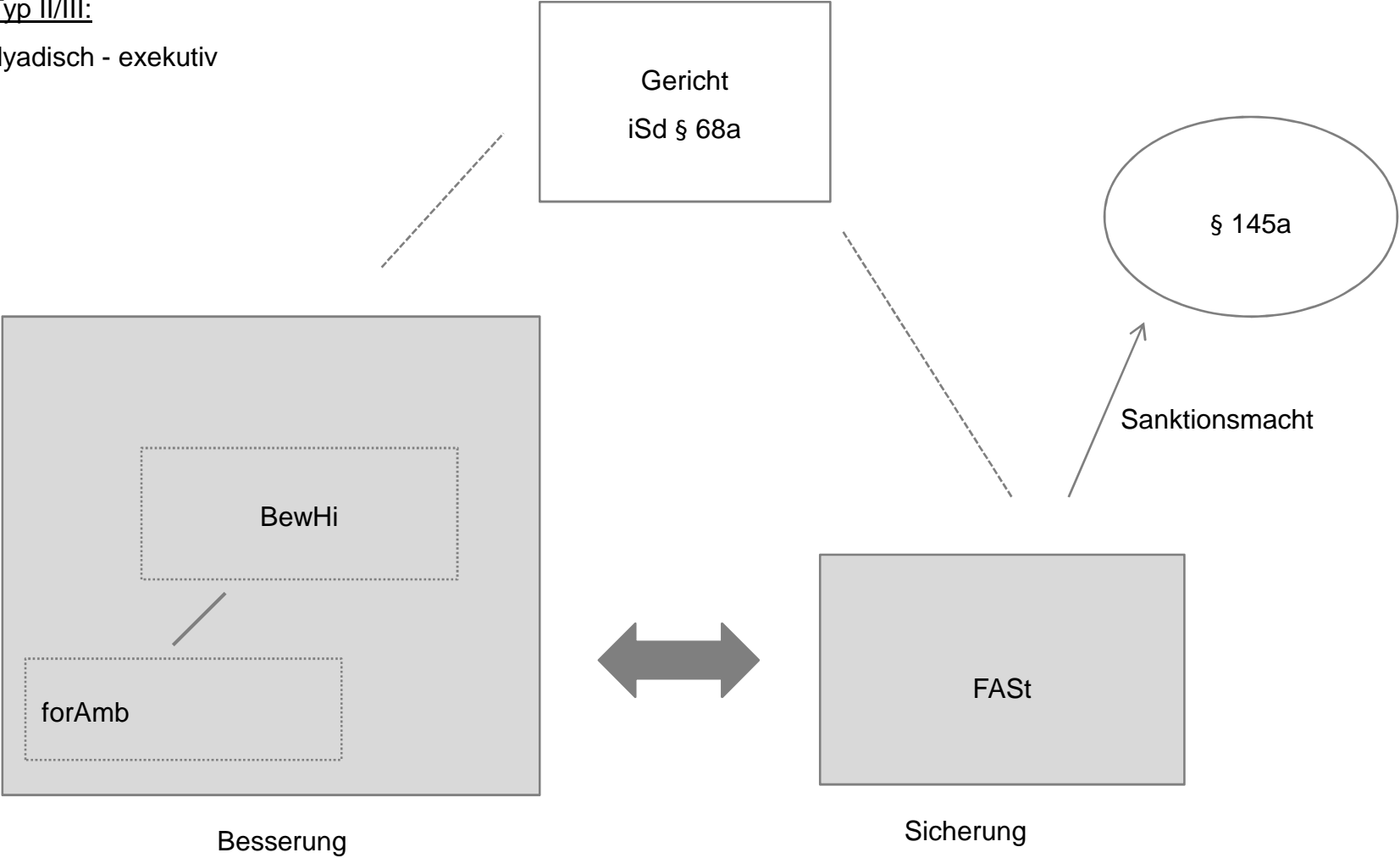
dyadisch-exekutive Umsetzung

führungsaufsichtsspezifische Umsetzung

dyadisch-vollstreckungsrechtliche Umsetzung

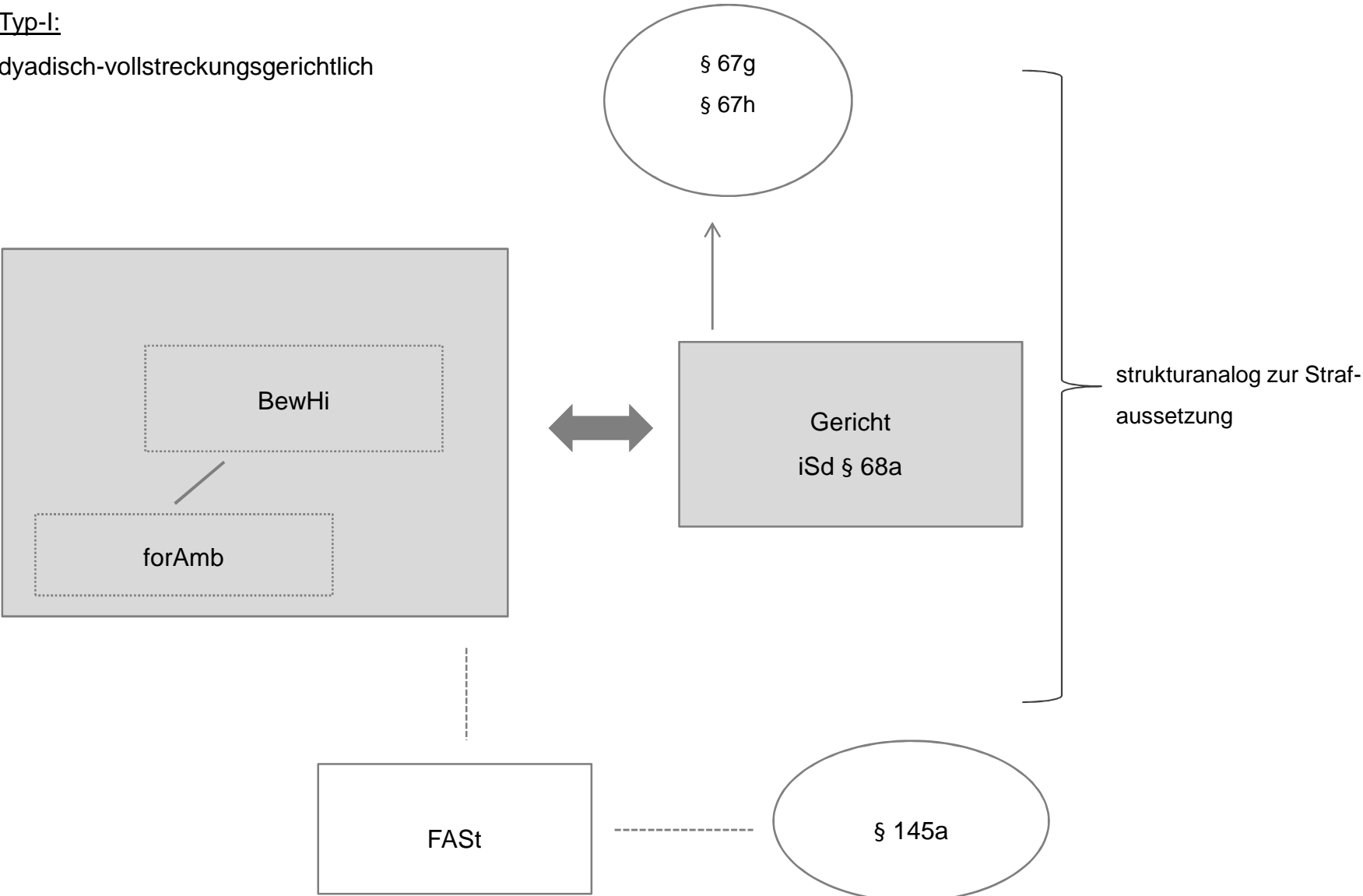
bewährungsanaloge Umsetzung

Typ II/III:
dyadisch - exekutiv

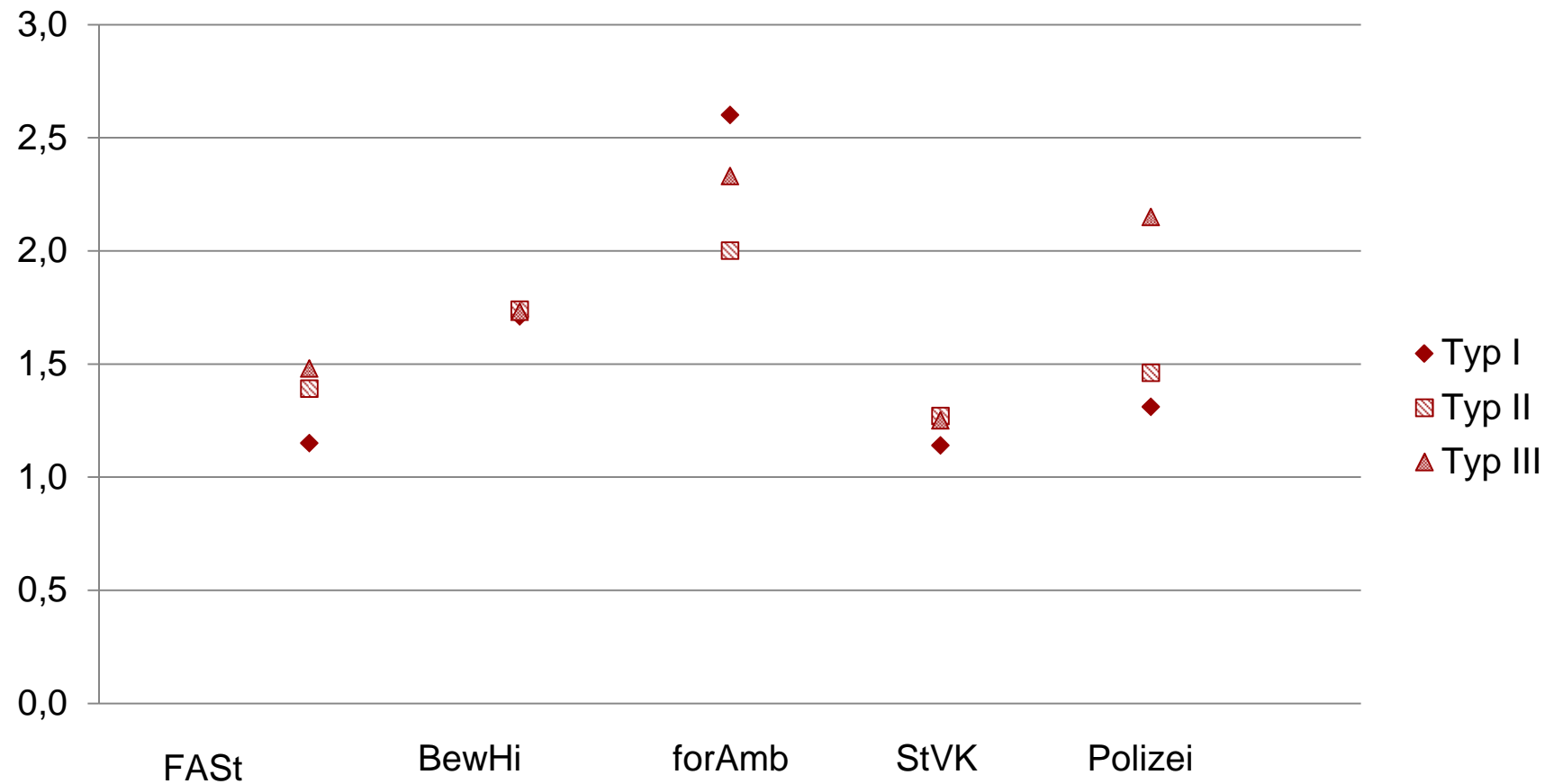


Typ-I:

dyadisch-vollstreckungsgerichtlich



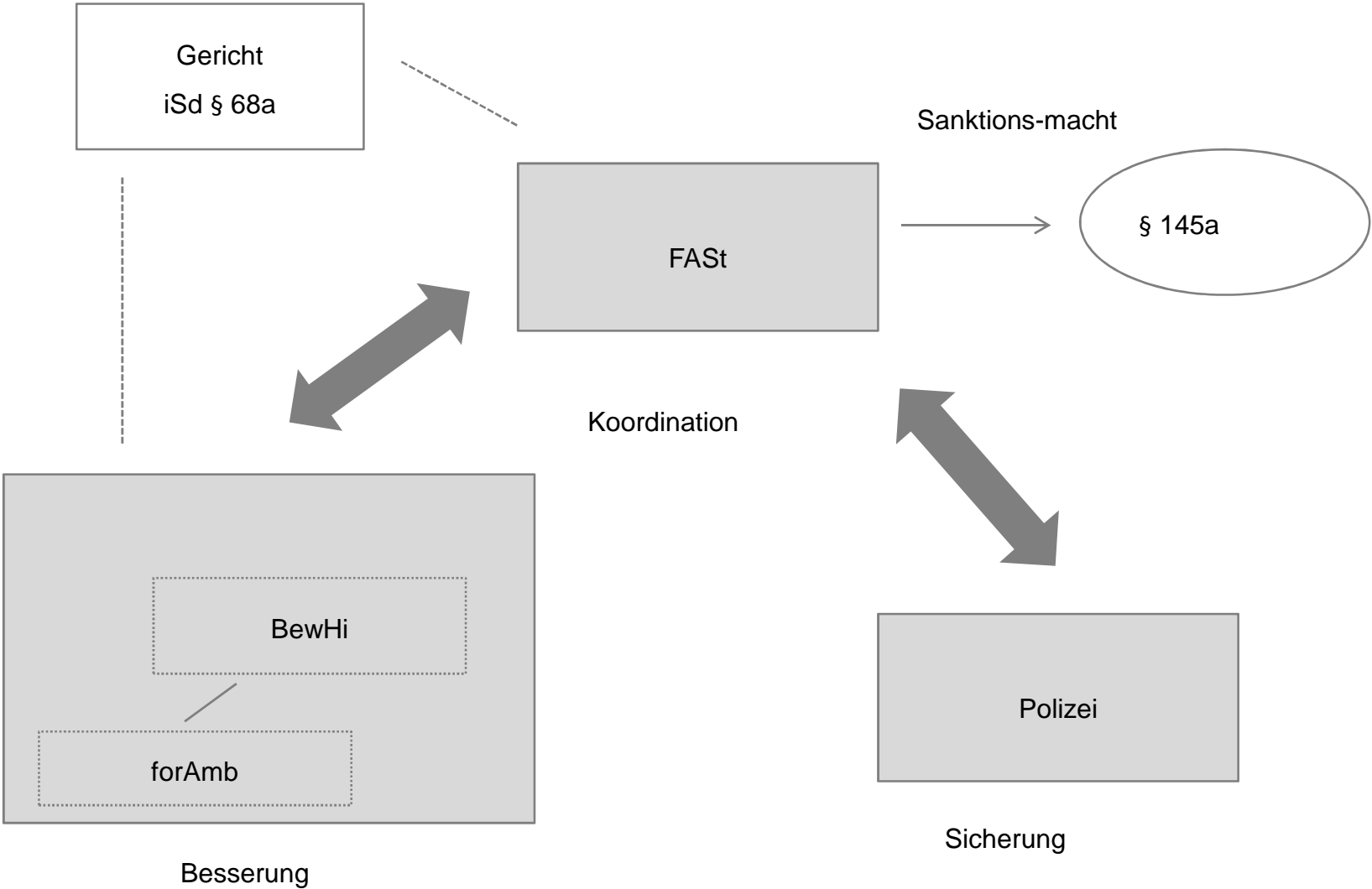
Umsetzung in der Praxis – Arbeitsbeiträge der Akteure



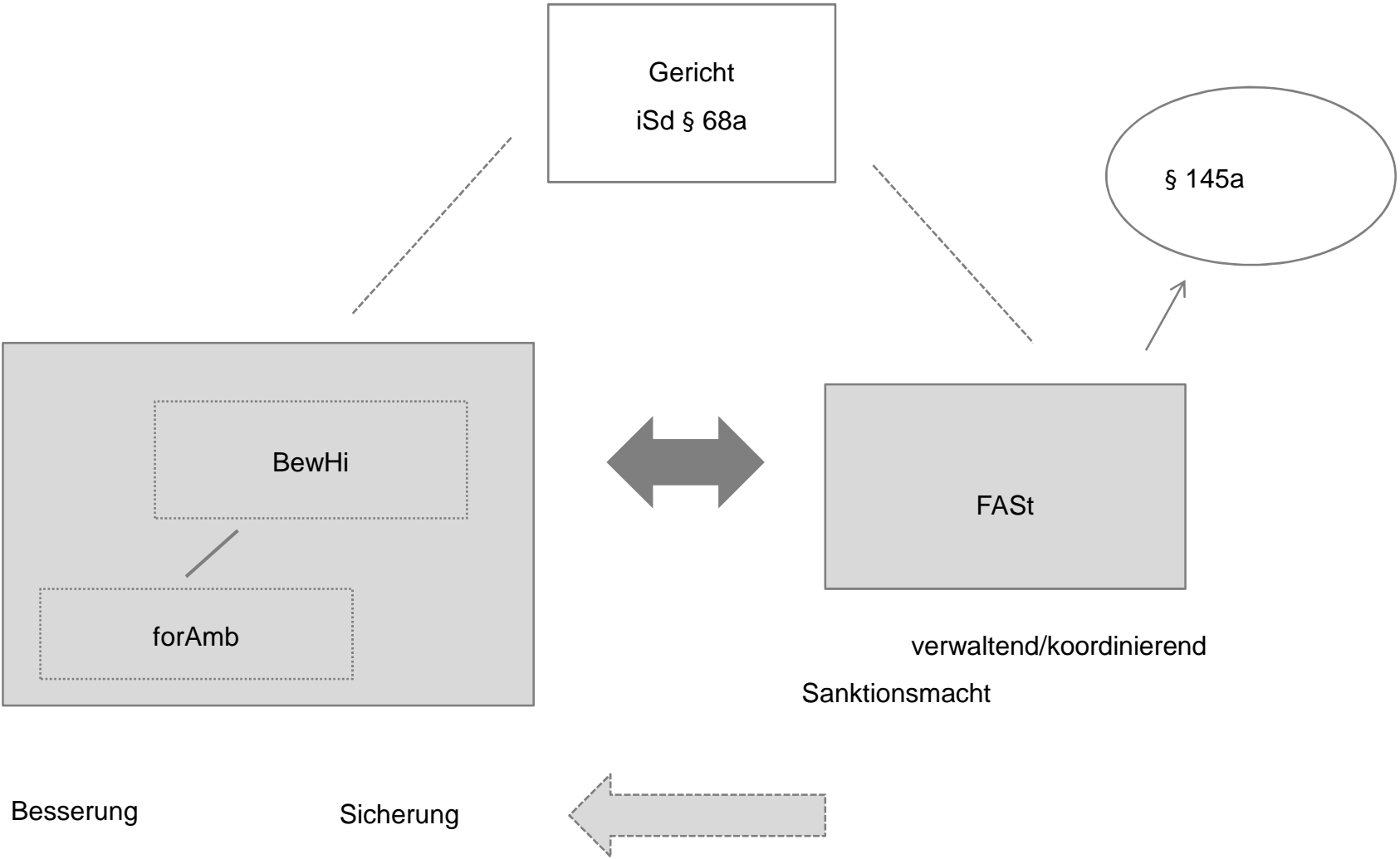
Umsetzung in Abhängigkeit vom FA-Typ

- Umsetzung in Typ-I-Führungsaufsetzungen nahe am Ideal des Gesetzgebers
Übernahme vertrauter Strukturen der Bewährungsaussetzung
- teilweise erhebliches Abweichen in Typ-II- und Typ-III-Führungsaufsichten
Verlagerung des Sicherungszwecks
Marginalisierung der FA-Stelle

Typ-III:
triadisch-exekutiv



Typ-II:
dyadisch-exekutiv



Problembereich 2:

Organisatorische Umsetzung der Führungsaufsicht
Praktische Folgerungen

Rolle der FA-Stelle als kritischer Faktor

offene Frage:

Bedeutung und Notwendigkeit der FA-Stelle in
Typ-I-Führungsaufsichten?

Rolle der FA-Stelle als kritischer Faktor

Marginalisierung der FA-Stelle in Typ-II- und Typ-III-Führungsaufsichten

FA-Stelle: Verwaltungsinstanz und (formale) Strafantragsstellerin

Folgen:

- Verlagerung des Sicherungszwecks auf die Bewährungshilfe
- Verlagerung des Sicherungszwecks auf die Polizei

Gründe für eine Stärkung der FA-Stelle

- sinnvolle Symbiose bei Kooperation von Besserungs- und Sicherungsakteuren durch Entlastung der Besserungsakteure gerade keine Gefahr von Doppelbetreuungen
- (erneute) Verpolizeilichung der Führungsaufsicht setzt voraus, dass die Verantwortung für die Sicherung justiziell verortet ist sonst droht die Umgehung der strafrechtlichen Gesamtkonzeption der Führungsaufsicht

Möglichkeiten zur Stärkung der FA-Stelle *de lege lata*

- personelle Stärkung und Aufwertung
Sachbearbeiter, Freistellungen für die Leiter
- (Teil-)Zentralisierungen der FA-Stellen
- Ausbildung der FA-Stellen-Leiter und
Sachbearbeiter

Möglichkeiten zur Stärkung der FA-Stelle *de lege ferenda*

- Antragsrecht der FA-Stelle zur StVK
gleichzeitig: Rolle der StA klären
- notwendige Beteiligung der FA-Stelle an
Strafverfahren nach § 145a StGB
- Stärkung der Kompetenzen innerhalb des
§ 463a StPO
Vorführhaftbefehl
- Flexibilisierung der FA durch eingeschränktes Recht
zur Weisungsabänderung

Bewährungshilfe

- Stellenschlüssel
- Marginalisierung von Typ-II-Probanden entgegenwirken
- keine Auslagerung von Betreuungsarbeit auf andere Akteure (Polizei)

Forensische Ambulanzen

- Betreuungsstrukturen in der Fläche ausbauen
- Behandlungsangebote für Typ-II- und Typ-III-Führungsaufsichten schaffen
- Finanzierungsfragen klären
ergänzende gesetzliche Regelungen zur Kostentragung;
vgl. § 179a Ö-StVollzG
- klare Regelungen und Handreichungen bezüglich der Informationsweitergabe an die Justiz
(§ 68a Abs. 8 StGB)

Polizei

- durchaus wichtiger und legitimer Akteur im ambulanten Setting
„Die Polizei ist flächendeckend auf der Straße – wir nicht.“
- Instrumente wie die Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung durchaus wirksam
- sinnvolle Einbindung der Polizei in eine justiziell verantwortete und organisierte Führungsaufsicht
keine Verselbstständigung der Polizei
klare Federführung der Führungsaufsichtsakteure

Gericht nach § 68 StGB

- Sensibilisierung für die Besonderheiten der Führungsaufsicht
„Führungsaufsicht ist nicht gleich Bewährungsaufsicht“
- Qualitätssicherung
nicht zuletzt in den Weisungsbeschlüssen

Problembereich 3:

Weisungen

Problemaufriss

Arten von Weisungen

- strafbewehrte und nicht strafbewehrte Weisungen
 - Besserungs- und Sicherungsweisungen
 - repressive Zwecksetzungen ist unzulässig
Präventivcharakter der Maßregel
-

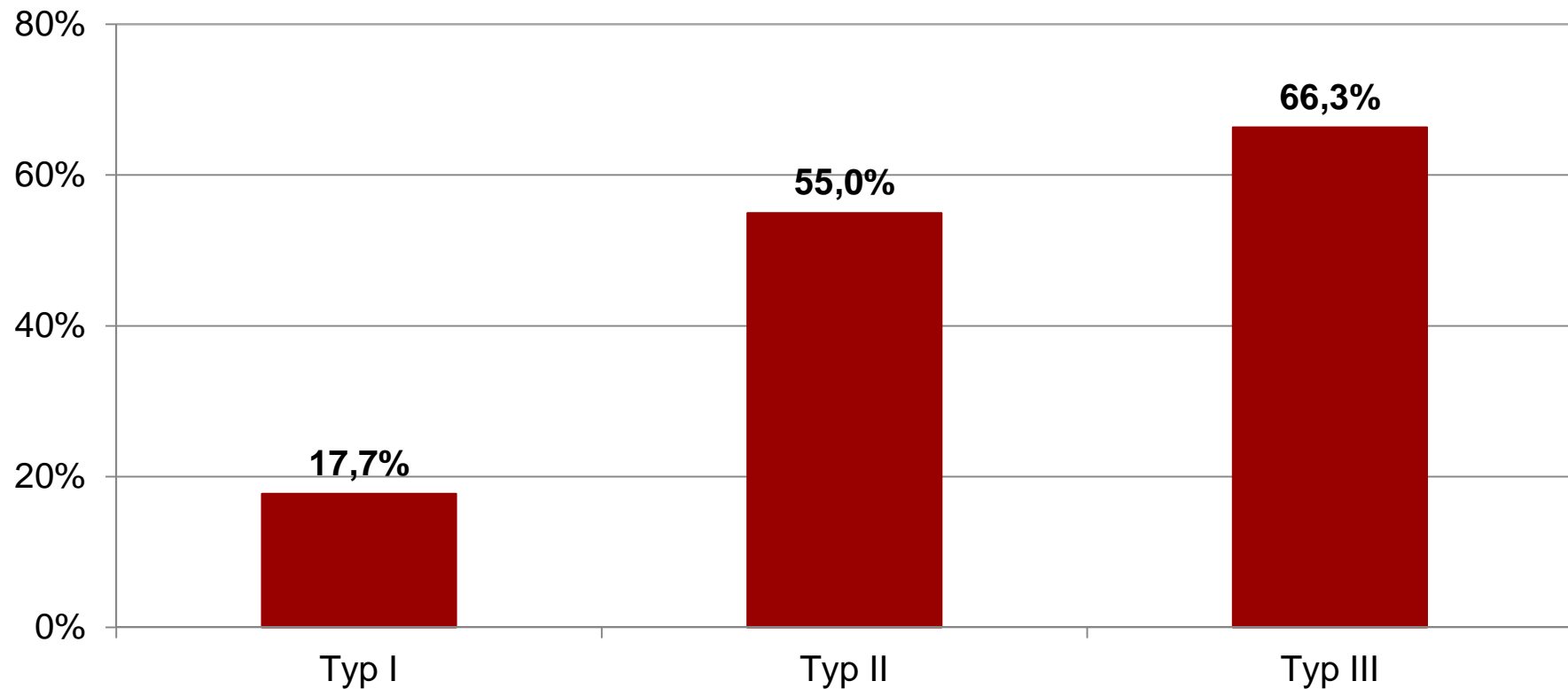
	Sicherungszweck	Besserungszweck
nach § 68b Abs. 1 StGB	strafbewehrte Sicherungsweisungen Sicherungsweisungen i.e.S Überwachungsweisungen Kontrollweisungen verfassungsmäßig	strafbewehrte Besserungsweisungen § 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 9 StGB verfassungswidrig
nach § 68b Abs. 2 StGB	nicht strafbewehrte Sicherungsweisungen Sicherungsweisungen i.e.S Überwachungsweisungen Kontrollweisungen verfassungsmäßig	nicht strafbewehrte Besserungsweisungen Betreuungsweisungen Behandlungsweisungen protektive Förderweisungen verfassungsmäßig

**Problem der Meldepflicht im Falle der
Erwerbslosigkeit
§ 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 9 StGB**

- verfassungswidrig
- nicht sinnvoll umzusetzen
reiner Formalismus – (erzwungene) Besserung?
- Verstöße praktisch nicht nachweisbar

Häufigkeit von Weisungen nach § 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 9 StGB

n (Typ I) = 124
n (Typ II) = 371
n (Typ III) = 101



**Problem der Meldeweisung nach
§ 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 8 StGB**

strafbewehrte Meldepflicht nur bei der Aufsichtsstelle

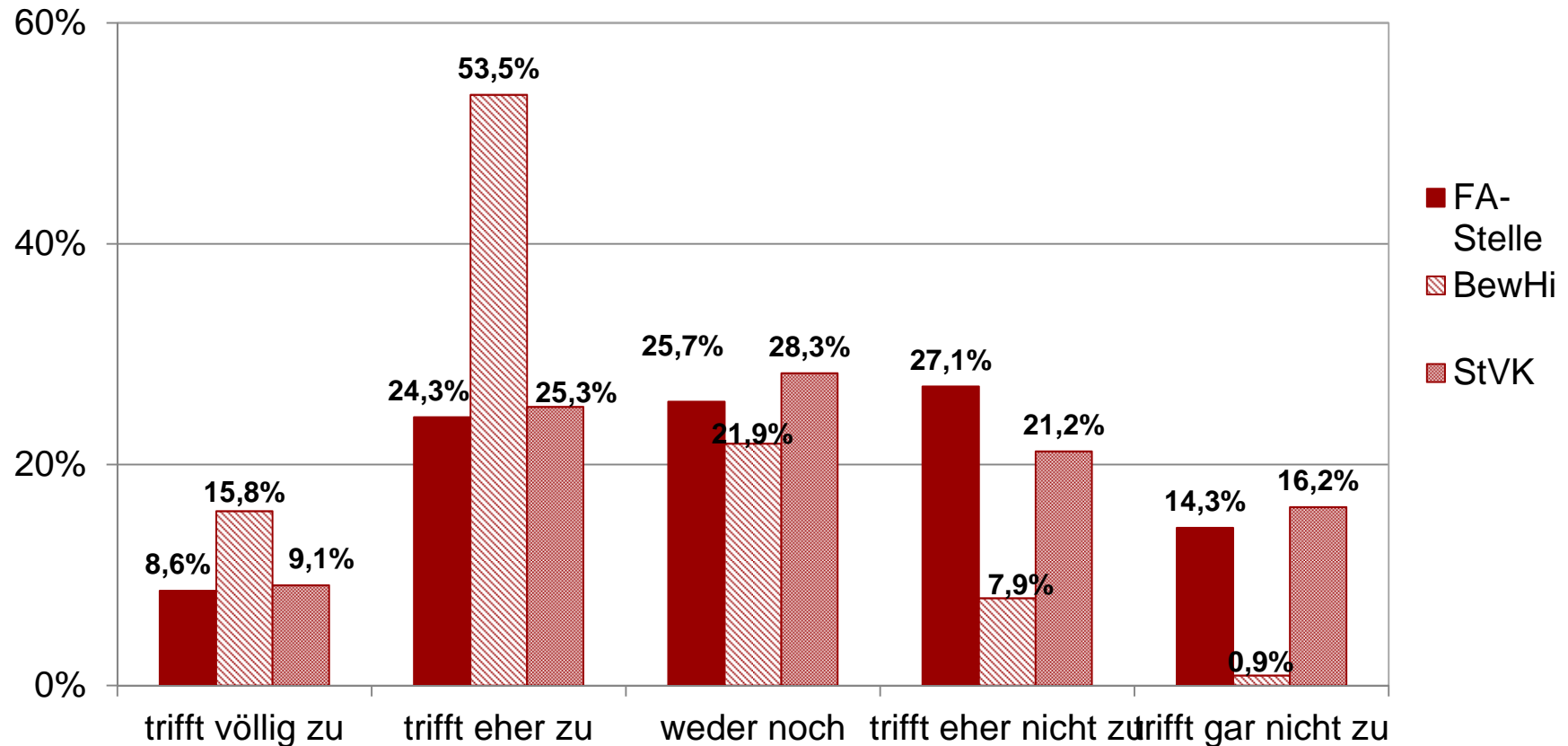
Problem der Suchtmittelverbotsweisung § 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 10 StGB

Auch gegen nicht remittierte Suchtkranke rechtlich
zulässig?

Praktisch in diesen Fällen sinnvoll?

TOA als (repressive) Weisung?

n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 114
n (StVK) = 99



Bestimmtheitsgrundsatz als Problem

- rechtlicher Ausgangspunkt:
Sanktionierbarkeit von Weisungsverstößen
(§§ 67g, 145a StGB)
ausdrücklich geregelt in § 68b Abs. 1 S. 1 StGB; gilt jedoch
von Verfassungs wegen unvermindert auch für Weisungen
nach § 68b Abs. 2 StGB
- praktischer Ausgangspunkt:
klare Formulierung von Verhaltensanforderungen
an den Probanden

Bestimmtheitsgrundsatz als Problem

Konflikt des starren Bestimmtheitsgrundsatzes mit sich ständig ändernden Besserungs- und Sicherungsbedürfnissen der Probanden

Folgen:

- faktische Anpassung der Weisungen
Rechtsunsicherheit
- faktisches Ausschleichen von Weisungen
Verlust der Verbindlichkeit

Zumutbarkeitsgrenze als Problem

- rechtlicher Ausgangspunkt:
Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
(§ 68b Abs. 3 StGB)
- praktischer Ausgangspunkt:
Überforderung des Probanden

Zumutbarkeitsgrenze als Problem

Insbesondere in Typ-III-Führungsaufsichten hohe Zahl teilweise erheblich belastender Weisungen

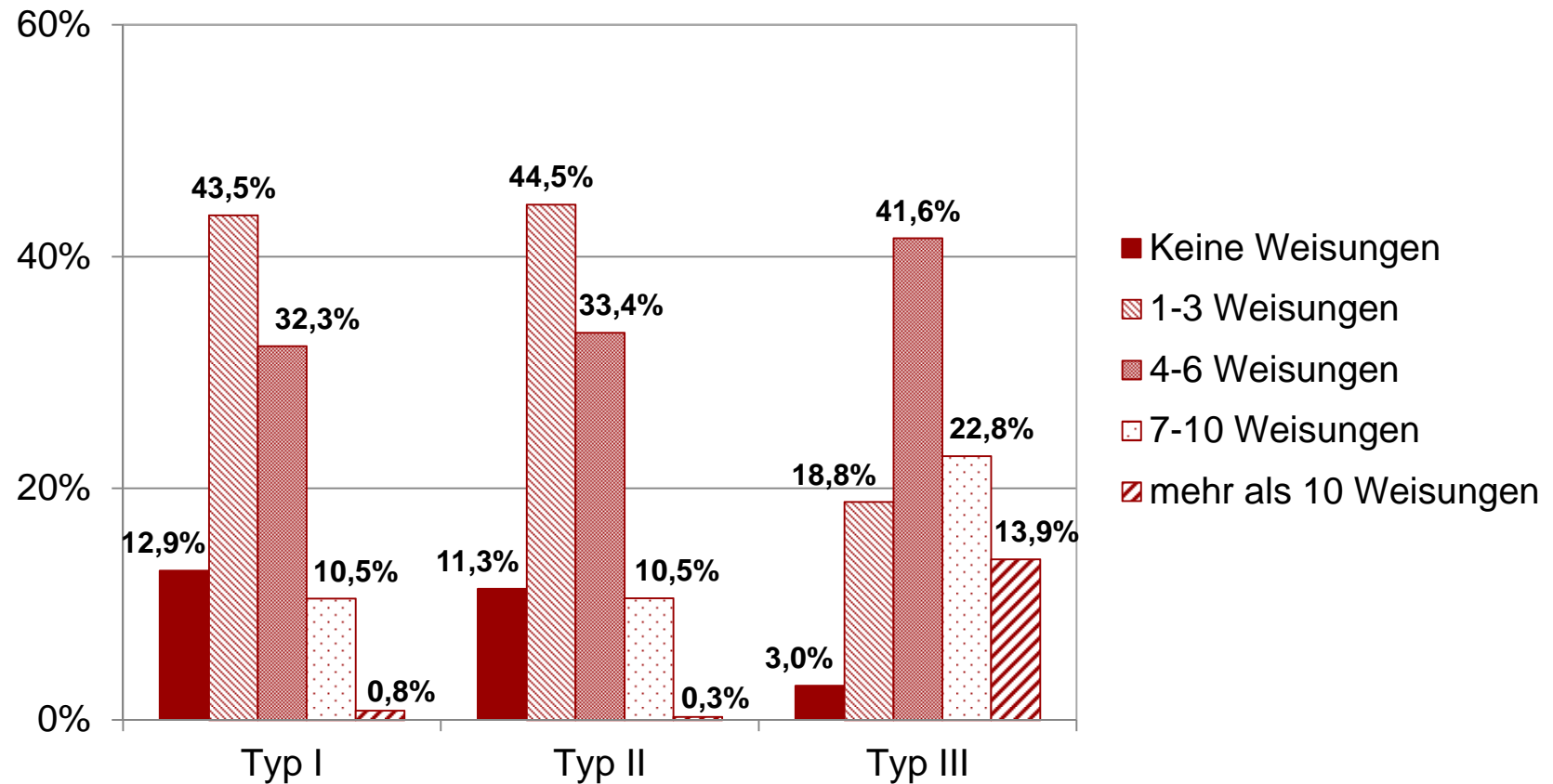
- Meldepflichten bei unterschiedlichen Akteuren
- Belastungen durch EAÜ
- Verpflichtungen außerhalb der Führungsaufsicht (z.B. innerhalb polizeilicher Flankierungsprogramme)

„Ich habe gemeinsam mit dem Probanden die ihm erteilten Weisungen in eine Hierarchie gebracht und er beginnt jetzt, diese abzuarbeiten.“

Anzahl erteilter Weisungen (68b Abs. 1 StGB)

n (Typ I) = 124
n (Typ II) = 371
n (Typ III) = 101

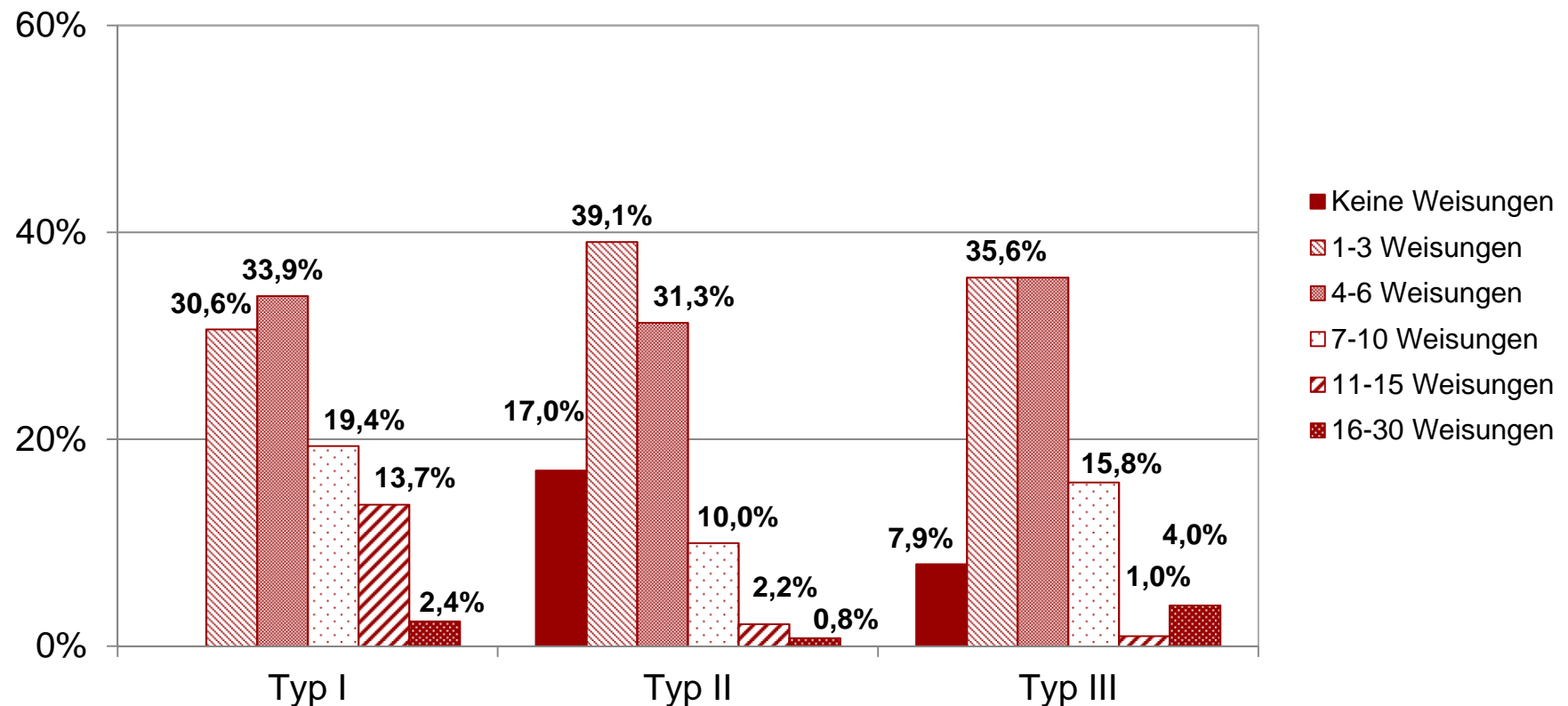
Weisungen nach § 68b Abs. 1 StGB



Anzahl erteilter Weisungen (§ 68b Abs. 2 StGB)

n (Typ I) = 124
 n (Typ II) = 371
 n (Typ III) = 101

Weisungen nach § 68b Abs. 2 StGB



Qualität der Weisungen

- rechtliche Qualität der Weisungen oft mangelhaft
Wahrung des Bestimmtheitsgrundsatzes
unzulässige Weisungen nach § 68b Abs. 1 StGB
- praktische Qualität der Weisungen oft mangelhaft
schematische Weisungserteilung

Problembereich 3:

Weisungen

Praktische Folgerungen

Änderungsbedarf *de lege ferenda*

- ersatzlose Streichung des häufig und schematisch erteilten, aber verfassungswidrigen § 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 9 StGB
- Ausweitung der Meldeweisung des § 68b Abs. 1 S. 1 Nr. 8 StGB auf die Bewährungshilfe (?)
- ansonsten werden die Möglichkeiten des § 68b StGB (zurecht) als ausreichend empfunden
- begrenzte Flexibilisierung durch FA-Stellen?

Qualitätssicherung in den Beschlüssen

- FA-Beschlüsse sind die Arbeitsgrundlage
- Beachtung rechtlicher Grenzen der Weisungserteilung
- Individualisierung der Weisungen
individuelle Vorschläge der entlassenden Anstalten
frühzeitige und maßgebliche Beteiligung der FA-Akteure
Fallkonferenzen
- Erhalt der Freiheitsperspektive
keine Überforderung der Probanden

Problembereich 4:

Sanktionierung von Weisungsverstößen
Problemaufriss

Sanktionierbarkeit von Weisungsverstößen

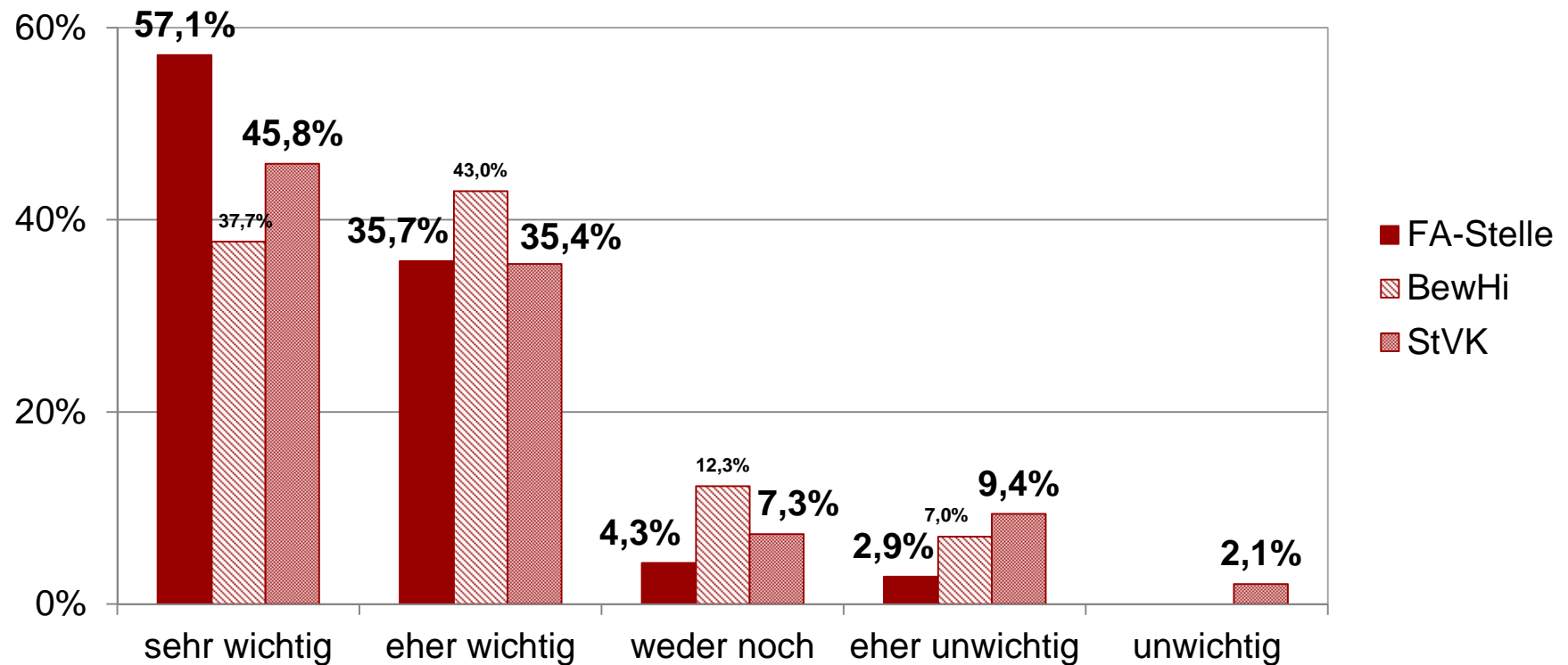
- aussetzungsbedingte Führungsaufsichten:
Widerruf, 67g StGB
Krisenintervention, § 67h StGB
Strafbewehrung, § 145a StGB
faktisch ohne Bedeutung, rechtliche Zulässigkeit streitig
- erledigungs-/vollverbüßungsbedingte Führungsaufsichten:
Strafbewehrung, § 145a StGB

Strafbewehrung von Weisungsverstößen nach § 145a StGB

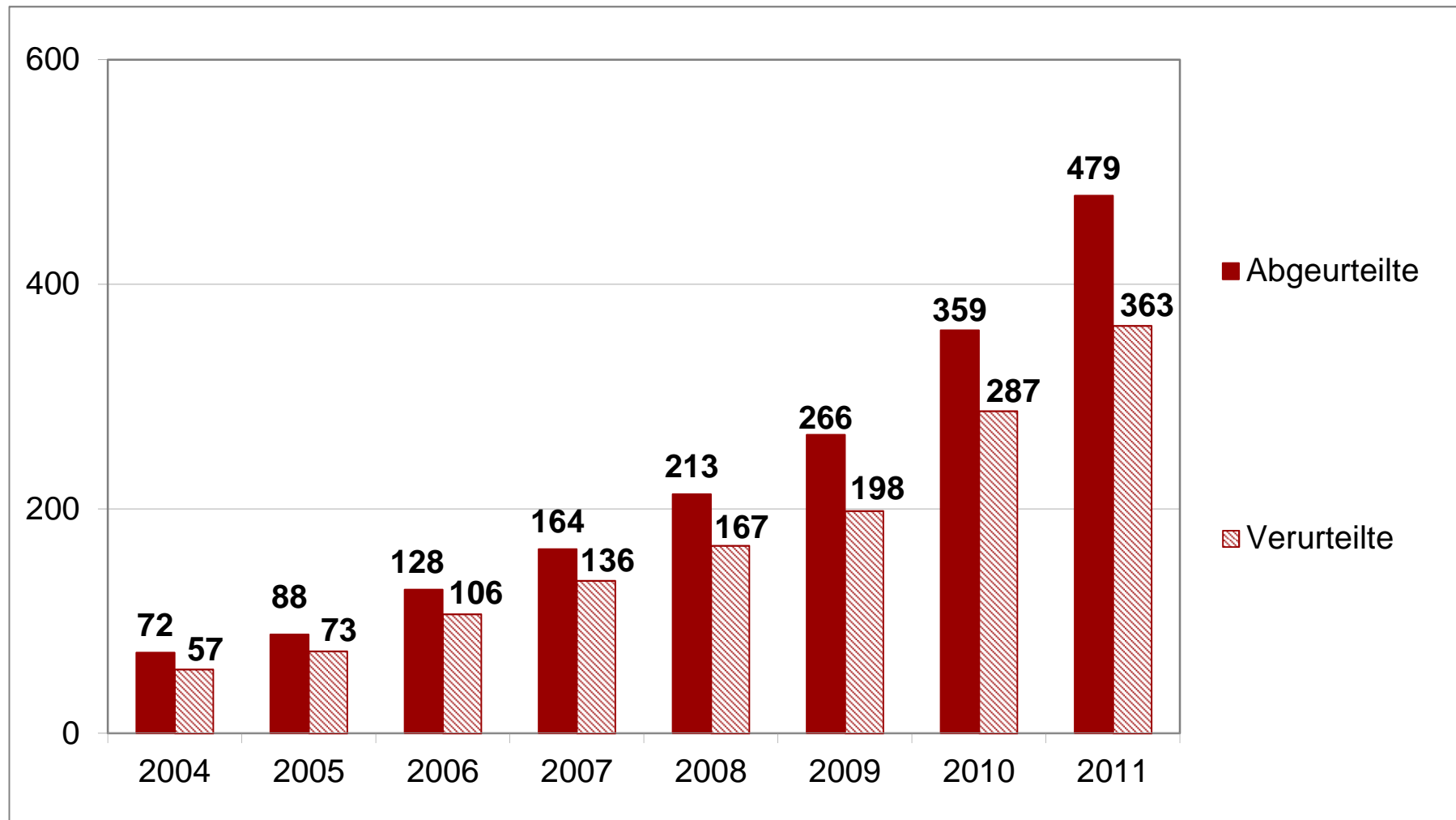
- § 145a StGB in der Rechtswissenschaft höchst umstritten
Strafwürdigkeit des pönalisierten Verhaltens (Ungehorsam)
Blankettvorschrift
- praktisches Bedürfnis für § 145a StGB
- lange Zeit kaum Aburteilungen
mittlerweile rasch ansteigende Fallzahlen

Bedeutung des § 145a StGB für die FA-Praxis

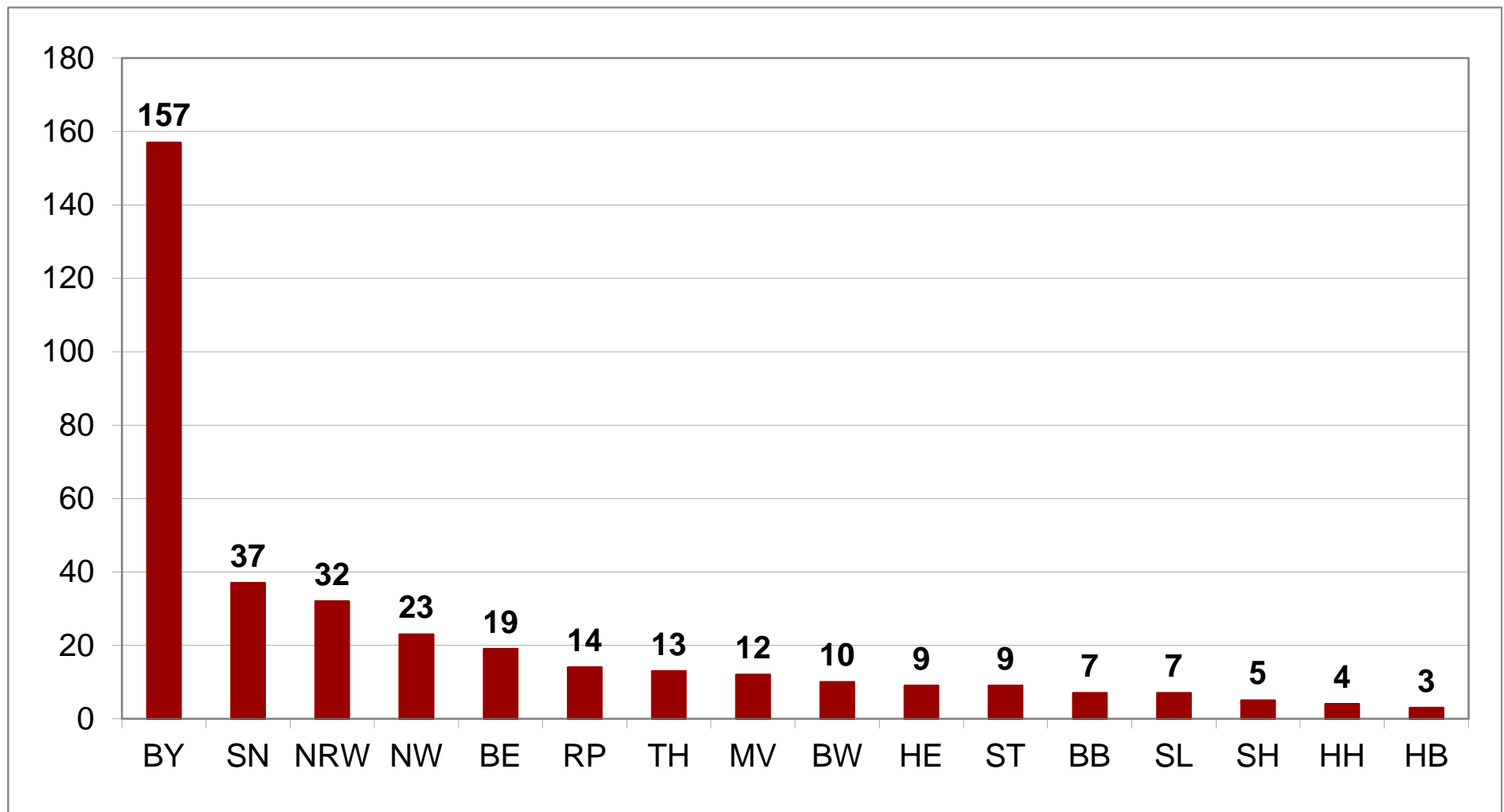
n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 114
n (StVK) = 96



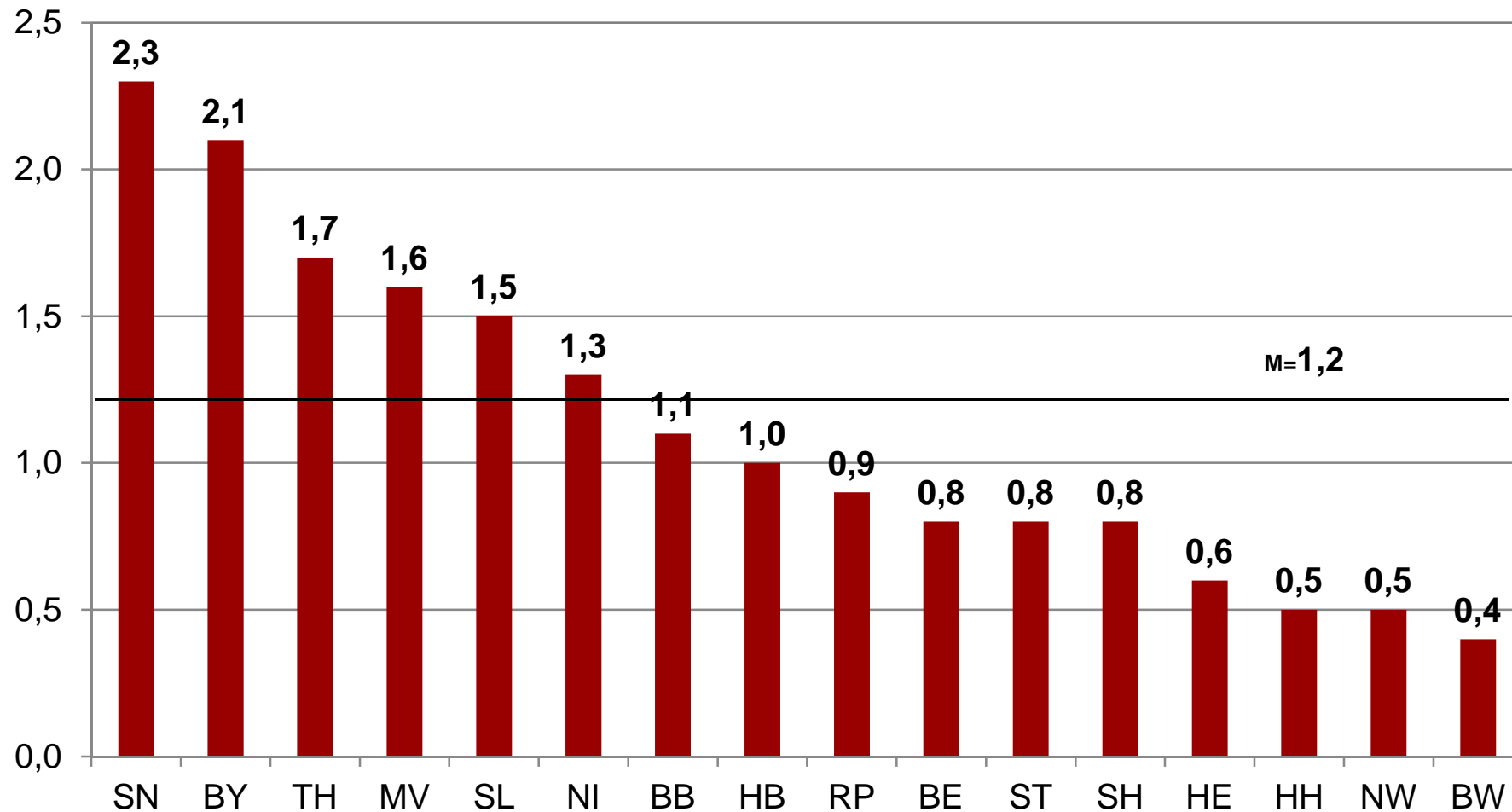
Abgeurteilte/Verurteilte nach § 145a StGB (StrafVerfStat)



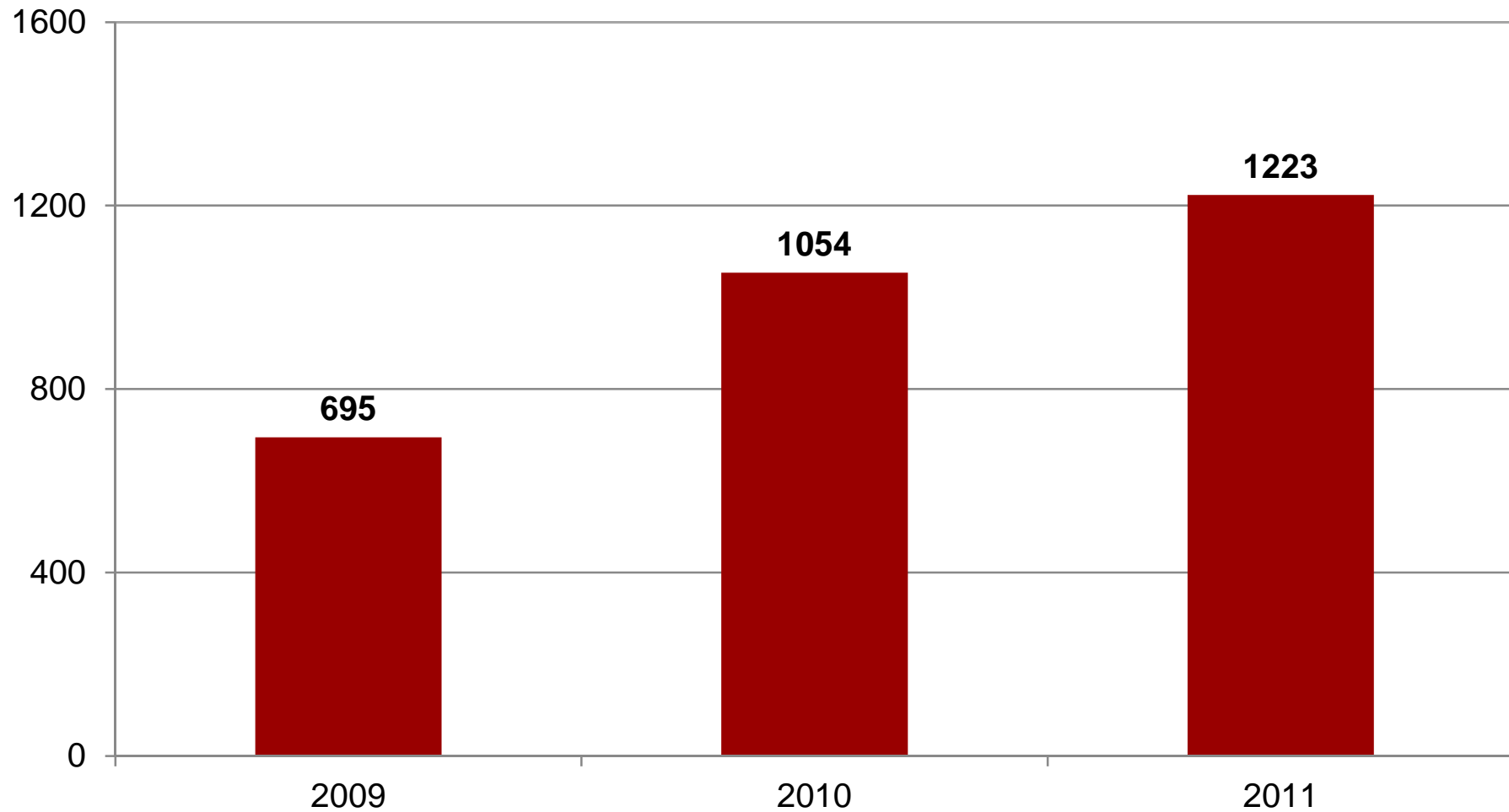
Verurteilte nach Bundesländern (StrafVerfStat 2011)



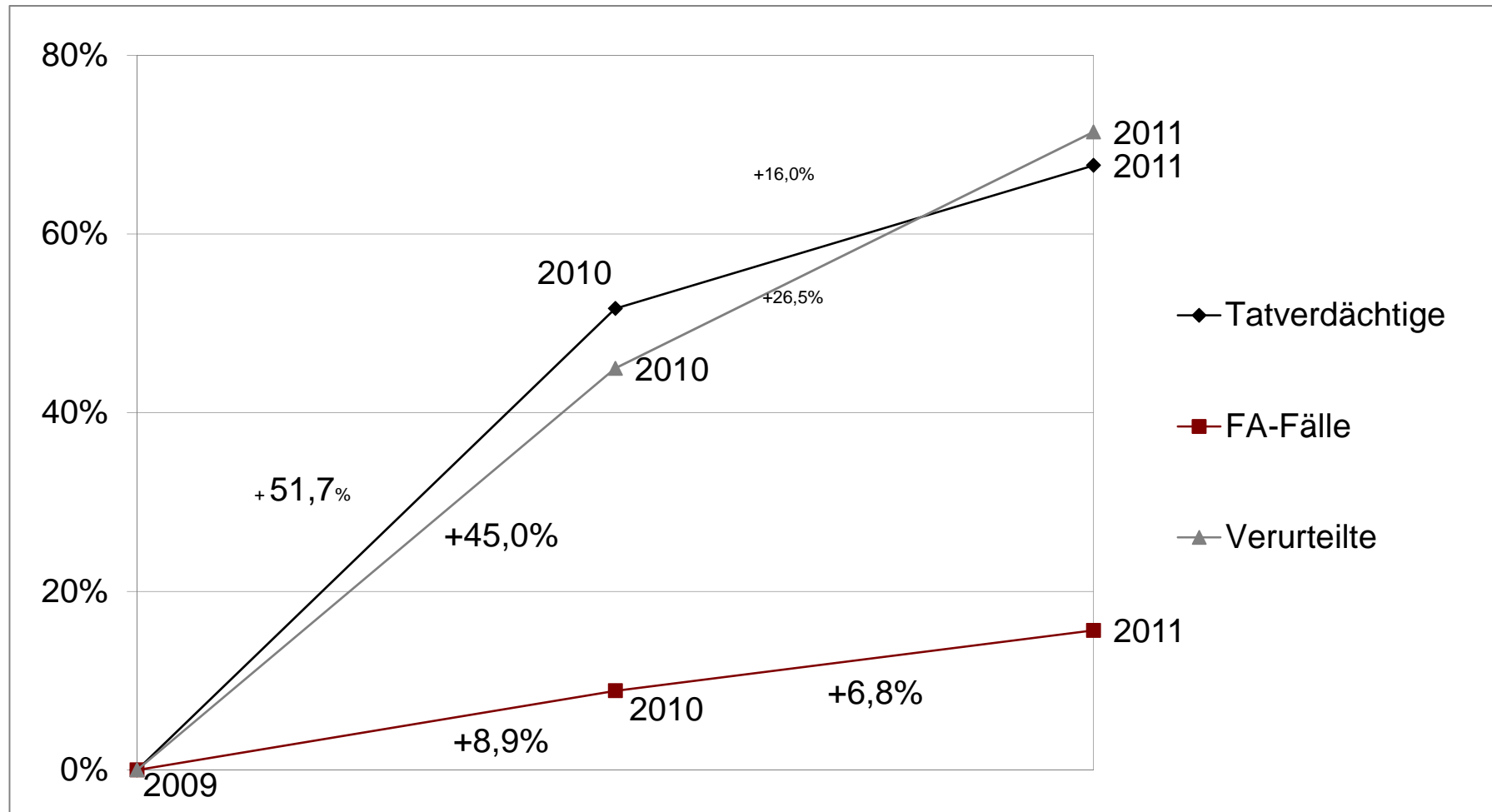
Verurteilte je 100 laufender Führungsaufsichten (StrafVerfStat 2011)



Tatverdächtigenzahlen (PKS)



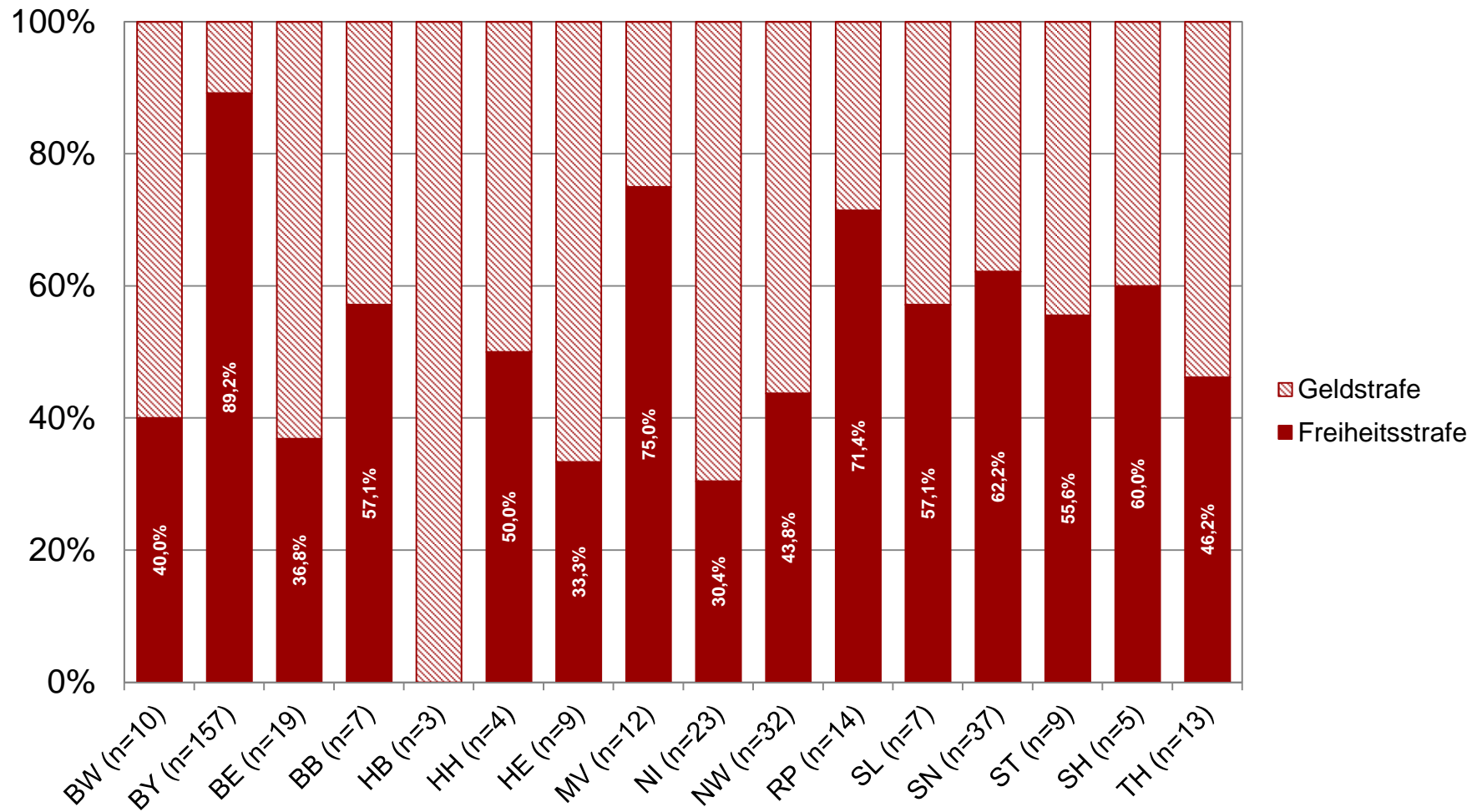
Zuwachsraten (Fallzahlen, PKS, StrafVerfStat)



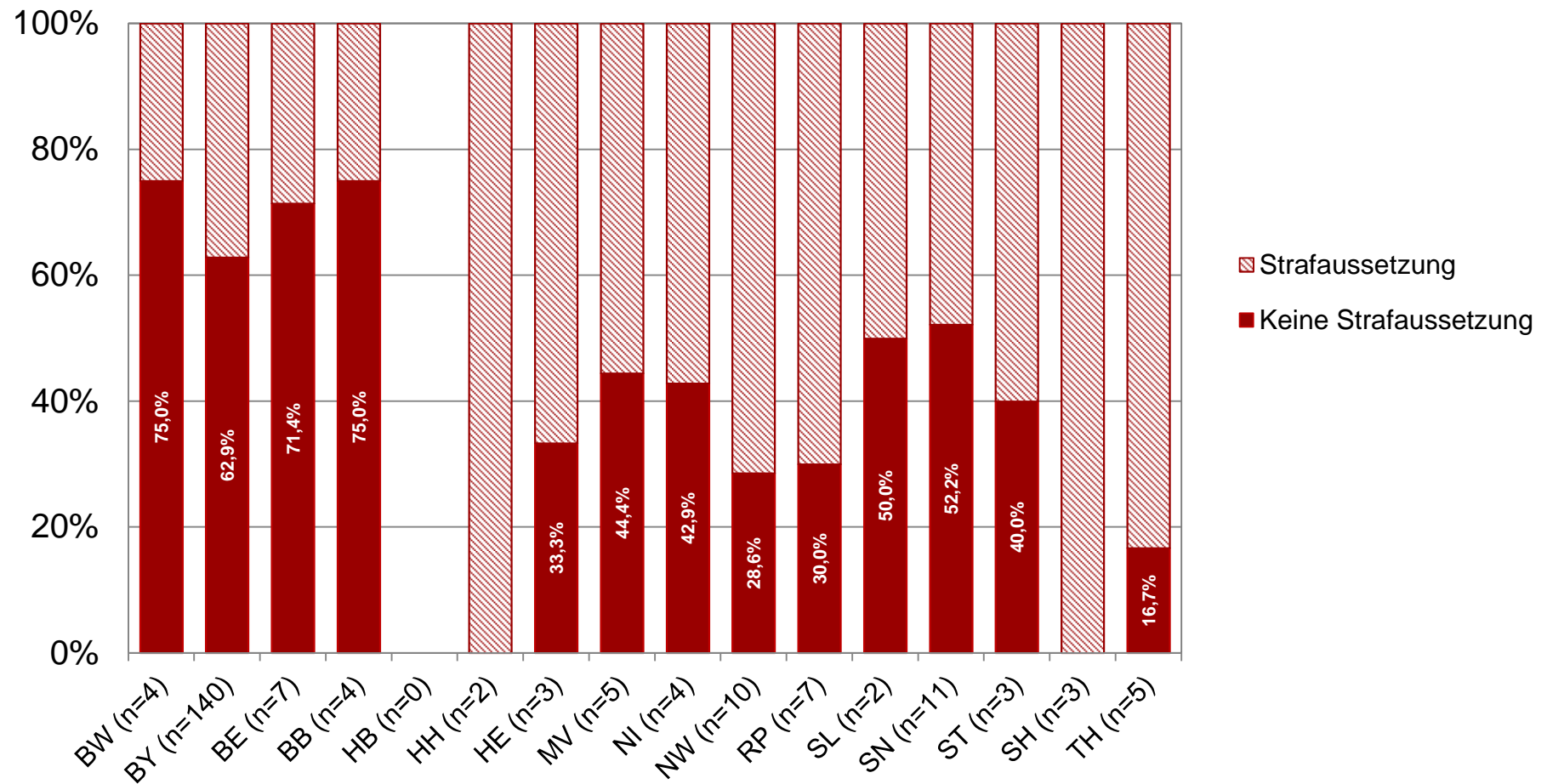
Art und Höhe der Sanktionierung

- Geld- oder Freiheitsstrafe?
- bedingte oder unbedingte Freiheitsstrafe?
- Problem:
strafunempfindliche Probanden vor allem in
Typ-II-Führungsaufsichten

Anteil verhängter Geld- und Freiheitsstrafen (StrafVerfStat 2011)



Anteil bedingter und unbedingter Freiheitsstrafen (StrafVerfStat 2011)



Strafantrag

Ausgangspunkt:

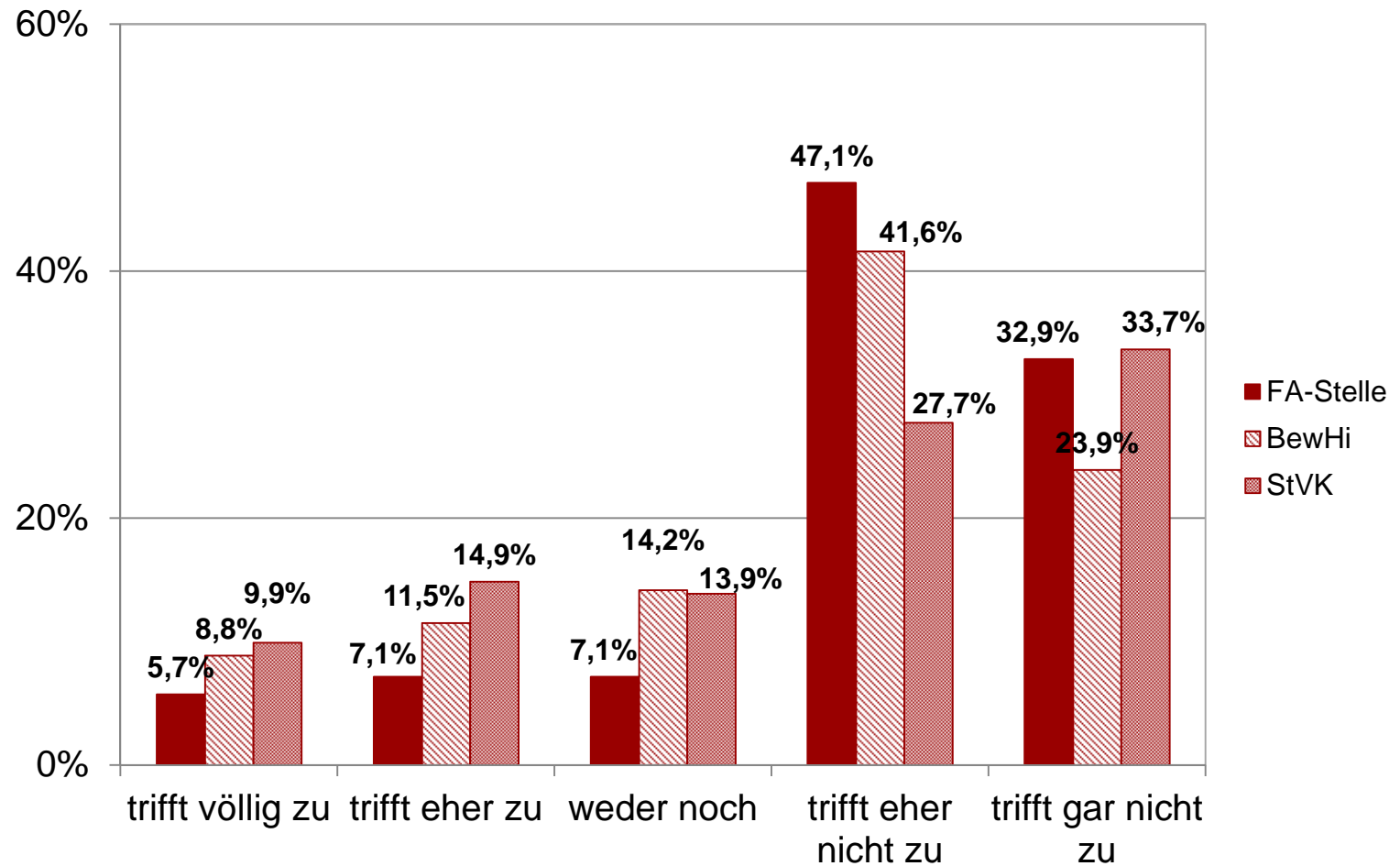
zentrales Instrument, um die Sanktionierung nach § 145a StGB in die laufende Führungsaufsicht einzupassen
führungsaufsichtsrechtliche Opportunität

Problem:

- sachfremde Motive für die Strafantragsstellung
z.B. Freizeichnen von Verantwortung
- eigene Opportunitätserwägungen der Staatsanwaltschaft

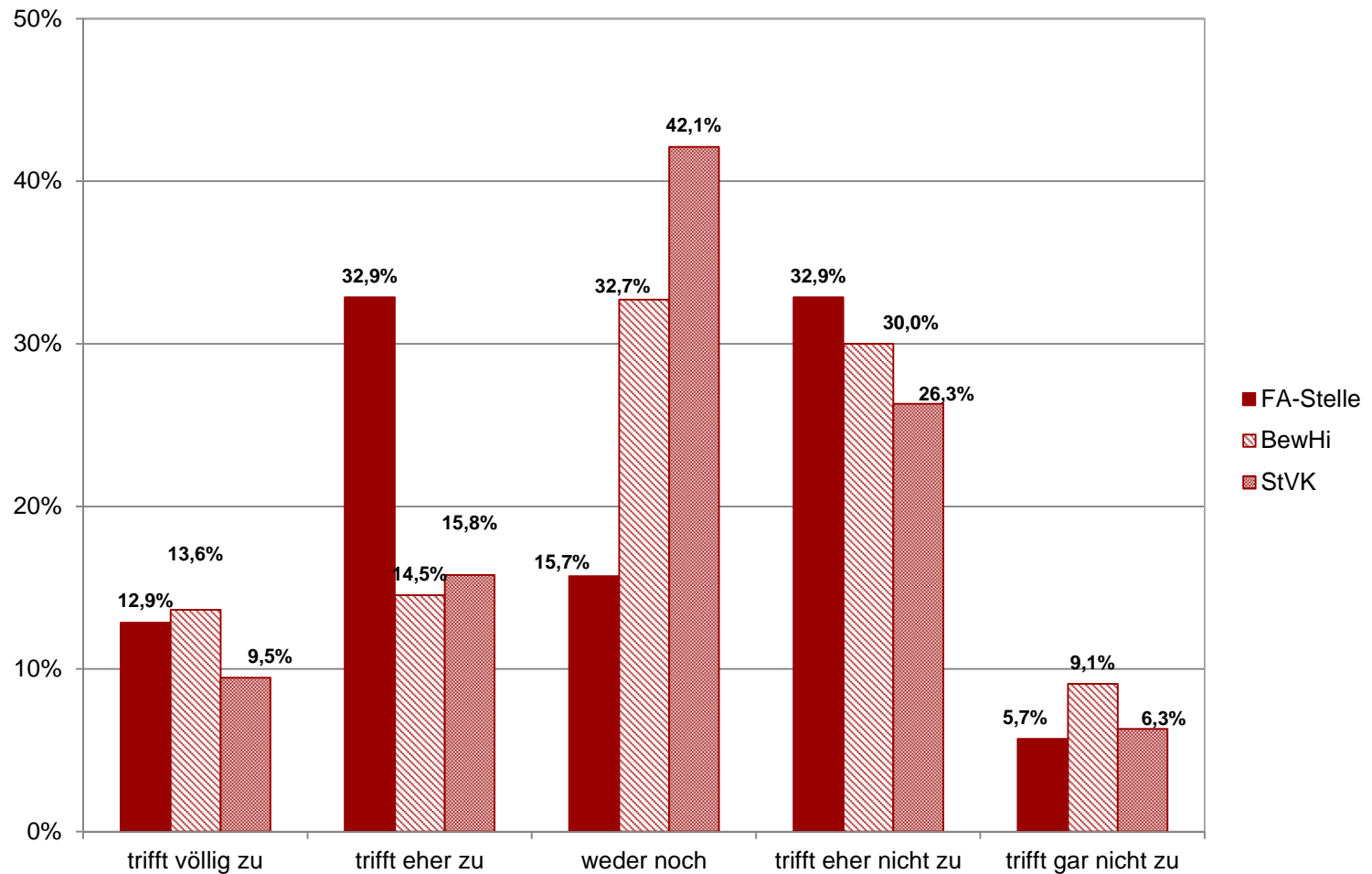
„§ 145a StGB sollte ein Officialdelikt sein.“

n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 113
n (StVK) = 101



„Staatsanwaltschaften stellen Verfahren nach § 145a StGB zu häufig ein.“

n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 110
n (StVK) = 95



Dauer der Sanktionierung

Ausgangspunkt:

- die Sanktionierung sollte aus spezialpräventiven Gründen rasch erfolgen
- (wenn überhaupt) kann nur dann die Sanktion zugleich eine sinnvolle Intervention sein

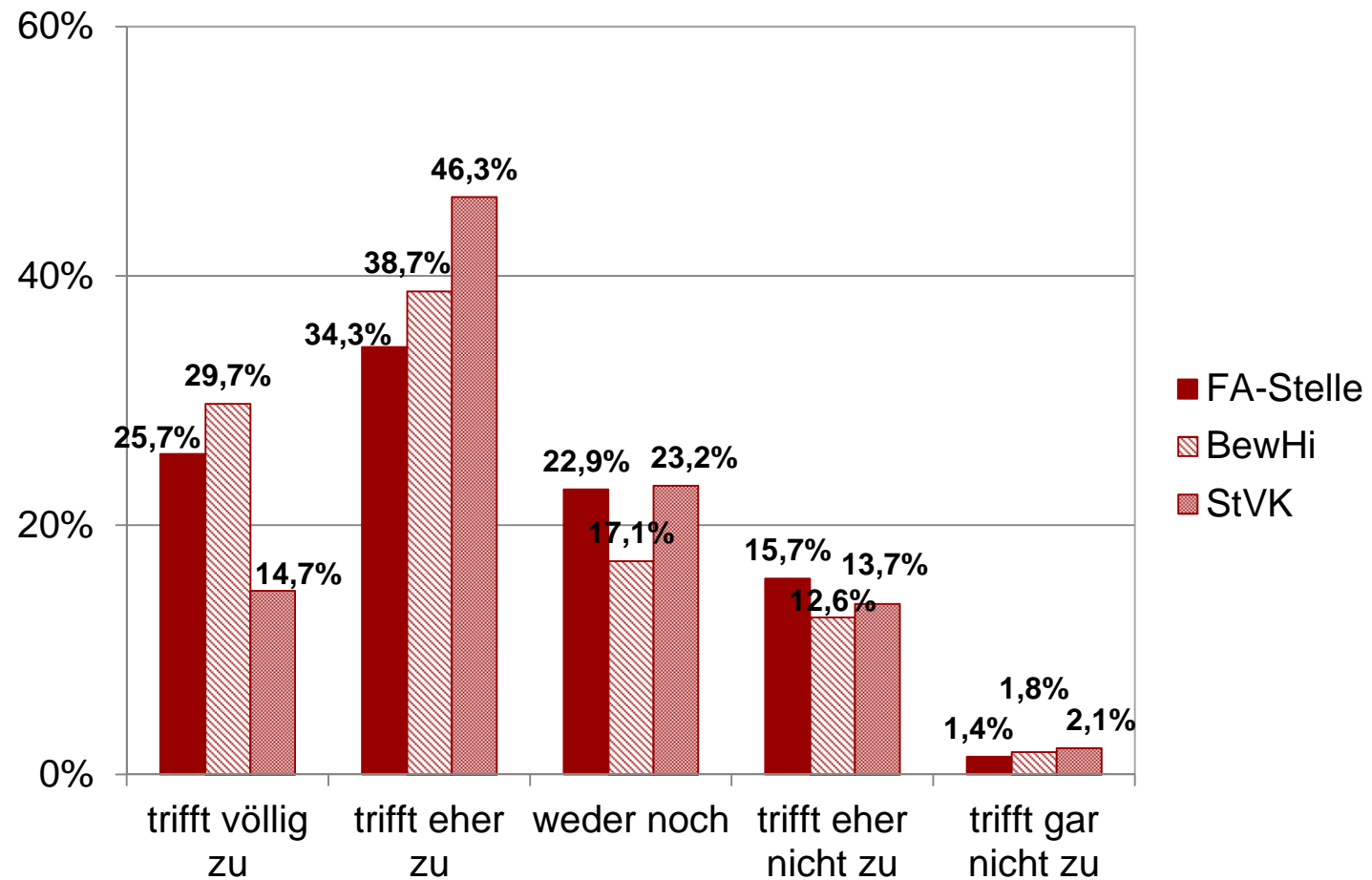
Problem:

Sanktionierung dauert lange

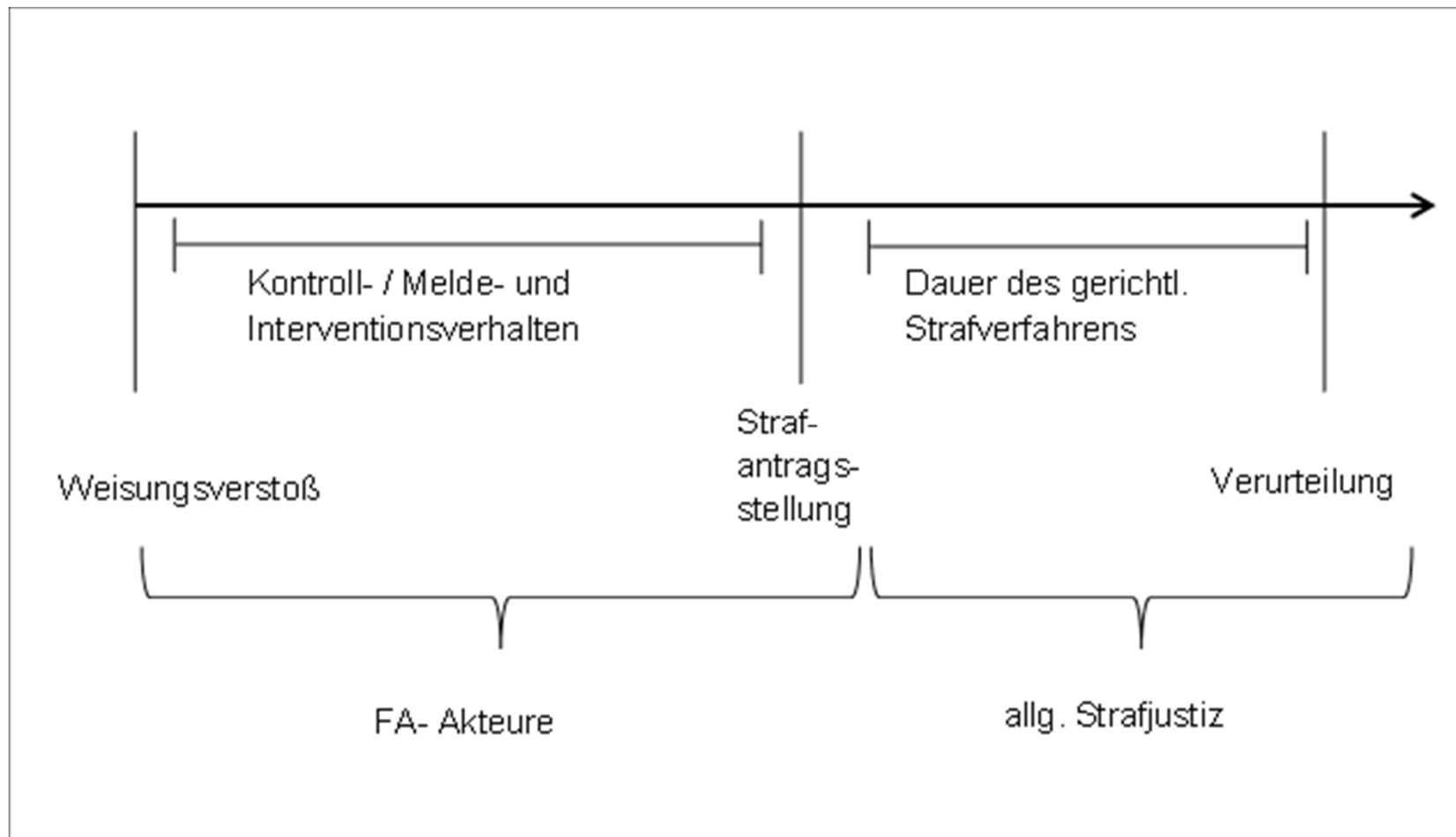
§ 145a StGB im Vergleich zu § 67g StGB/§ 67h StGB ein träges Sanktionsinstrument

„Die Sanktionierung von Weisungsverstößen nach § 145a StGB dauert zu lange.“

n (FA-Stelle) = 70
n (BewHi) = 111
n (StVK) = 95



Dauer der Sanktionierung



Problembereich 4:

Sanktionierung von Weisungsverstößen
Praktische Folgerungen

Handhabung von § 145a StGB

- § 145a StGB ist ein notwendiges Instrument der Führungsaufsicht, das seine Wirkung vor allem im Vorfeld der Sanktionierung entfalten muss
§ 145a StGB als Implementierungsinstrument
- eine Sanktionierung nach § 145a StGB ist als Teil der laufenden Führungsaufsicht zu sehen
- die Sanktionierung ist auf die anschließende Führungsaufsicht hin auszurichten und von den Führungsaufsichtsakteuren mitzugestalten
kein „Problemverschieben in den Strafvollzug“

Strafantrag

- keine sachfremden Motive für die Strafantragsstellung
- konsequente Handhabung der Antragspraxis
- Abstimmung der Antragspraxis mit anderen Akteuren
- keine Opportunitätseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft
auch nicht nach §§ 154f. StPO – Abnutzung des Strafantrags als Implementierungsmittel bei Folgenlosigkeit

Sanktionierung

- konkrete Sanktion auf laufende Führungsaufsicht
spezialpräventiv auszurichten
Spezialprävention maßgeblicher Sanktionierungszweck bei
§ 145a StGB
- obligatorische Beteiligung der
Führungsaufsichtsstelle am Strafverfahren nach
§ 145a StGB
zumindest durch obligatorischen Strafvorschlag
- Übergangsmanagement

Beschleunigung der Sanktionierung

- klare Kommunikation und Meldewege
- zügige Stellung des Strafantrags
- Hinwirken möglichst rasche Sanktionierung
 - Rolle der Staatsanwaltschaft
 - Heranrücken der allgemeinen Strafjustiz
 - alternativ: führungsaufsichtsinterne Sanktionierung?

Alternativen zu § 145a StGB

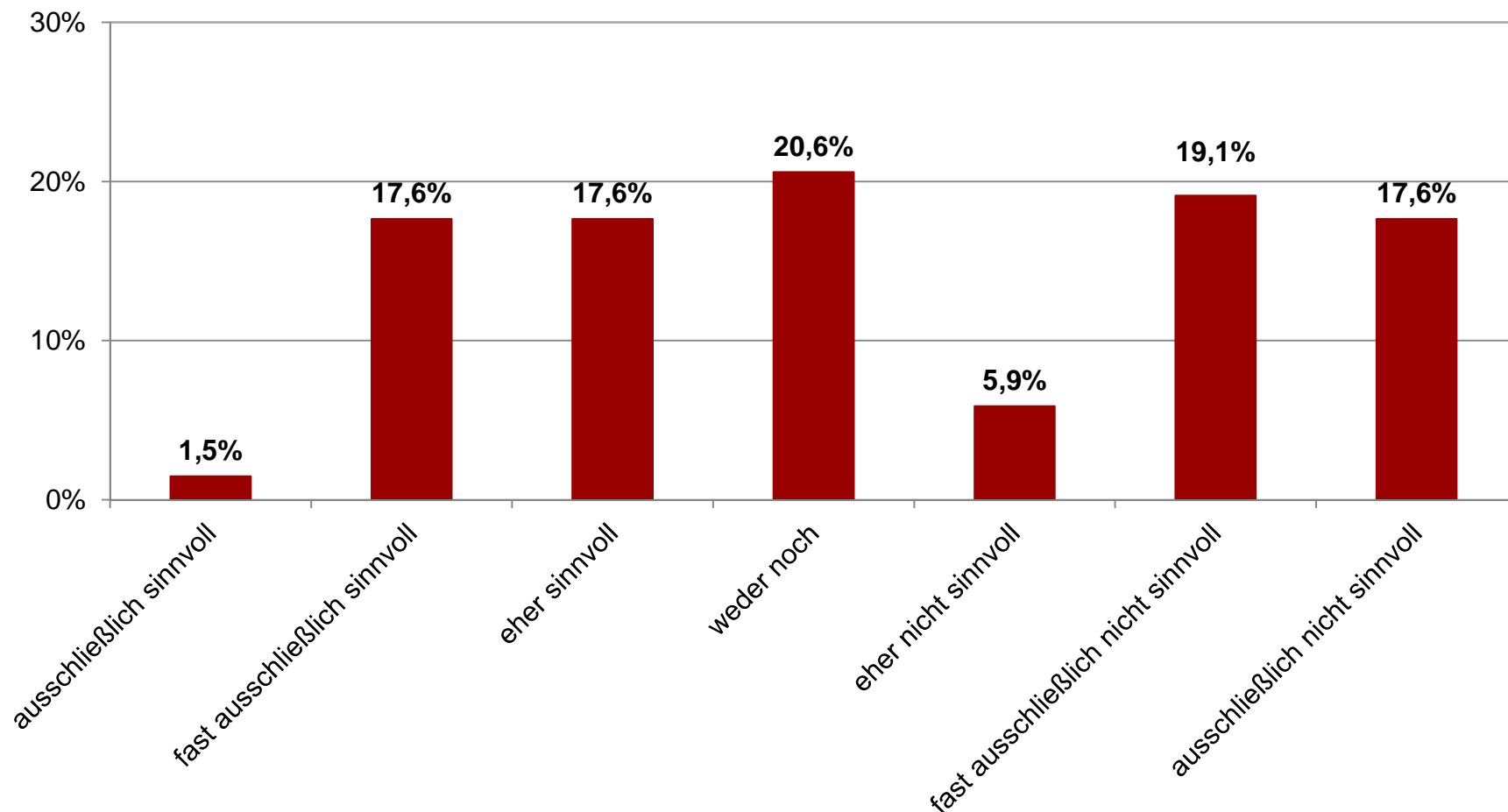
Weisungen mit Strafvorbehalt?

Beugearrest?

Ordnungs- oder Zwangsgeld?

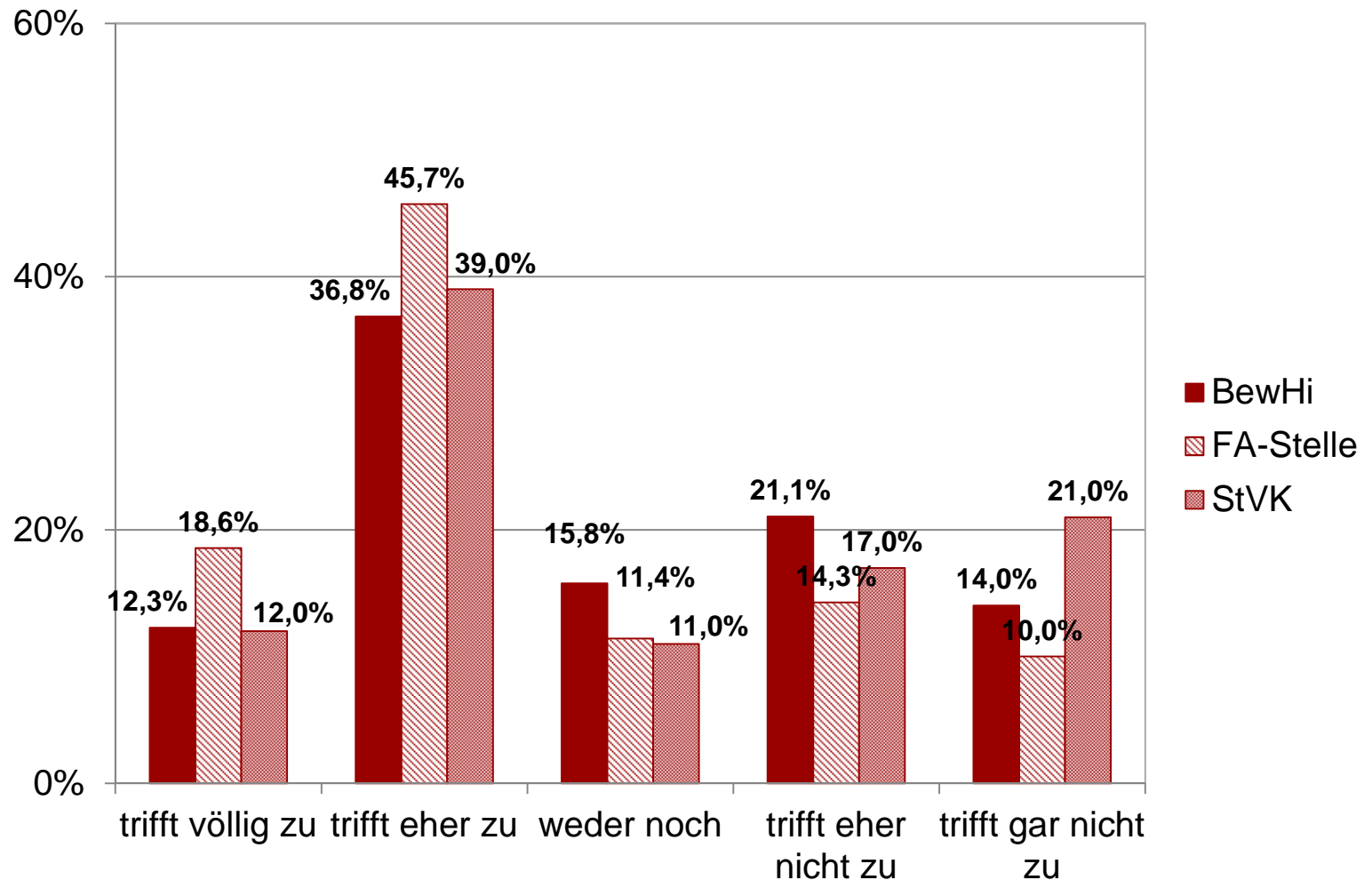
„Strafbewehrte Weisungen nach § 68b Abs. 1 StGB sollten unter einen Strafvorbehalt gestellt werden.“ (FASt-Leiter)

n (FA-Stelle) = 68

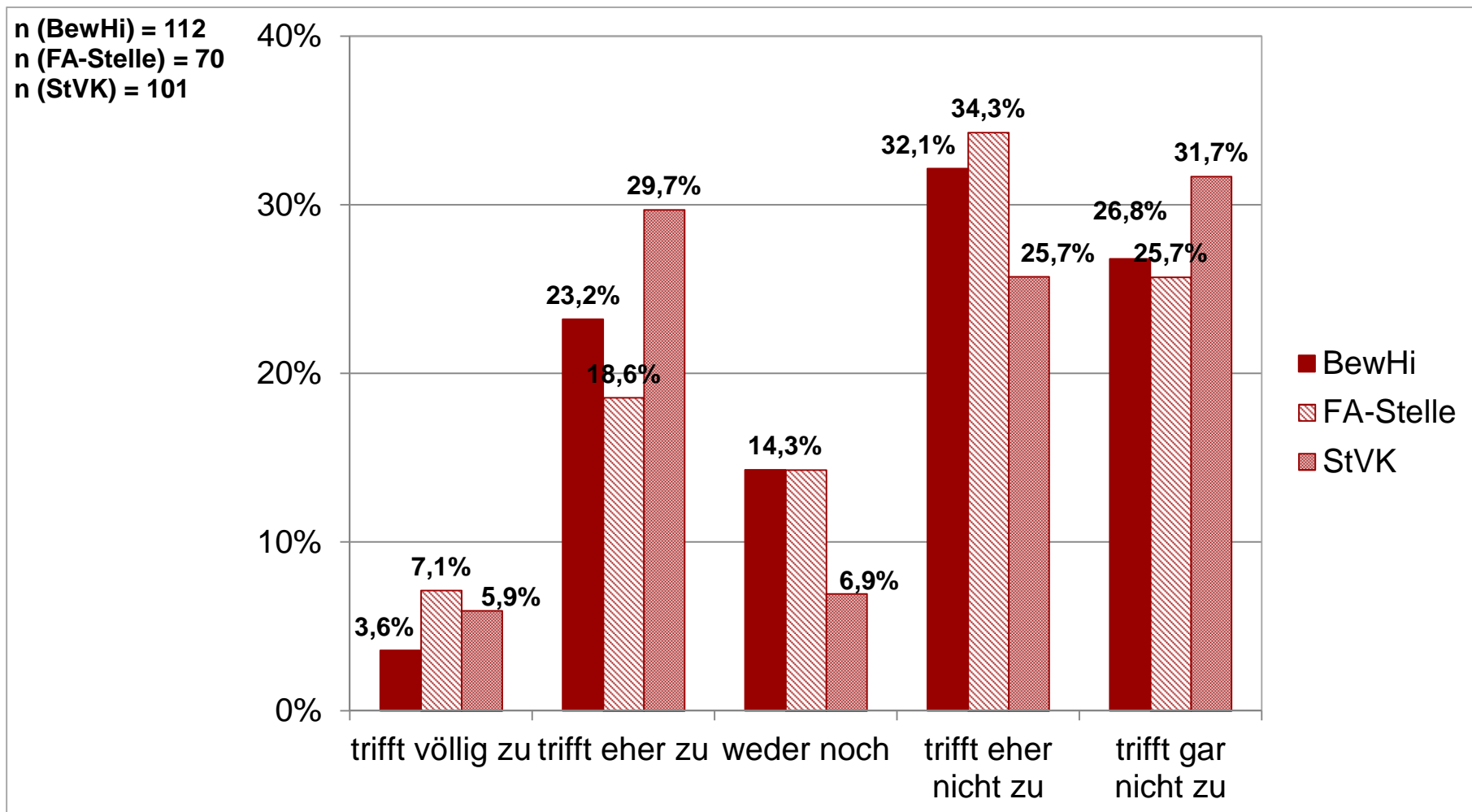


„Mangelnder Einhaltung von Weisungen sollte mit einer Art ‚Beugearrest‘ begegnet werden können.“

n (BewHi) = 114
n (FA-Stelle) = 70
n (StVK) = 103



„Weisungsverstöße sollten in einem vereinfachten Verfahren mit einem Zwangs- oder Ordnungsgeld zu ahnden sein.“



Problembereich 5:

Dauer der Führungsaufsicht
Problemaufriss

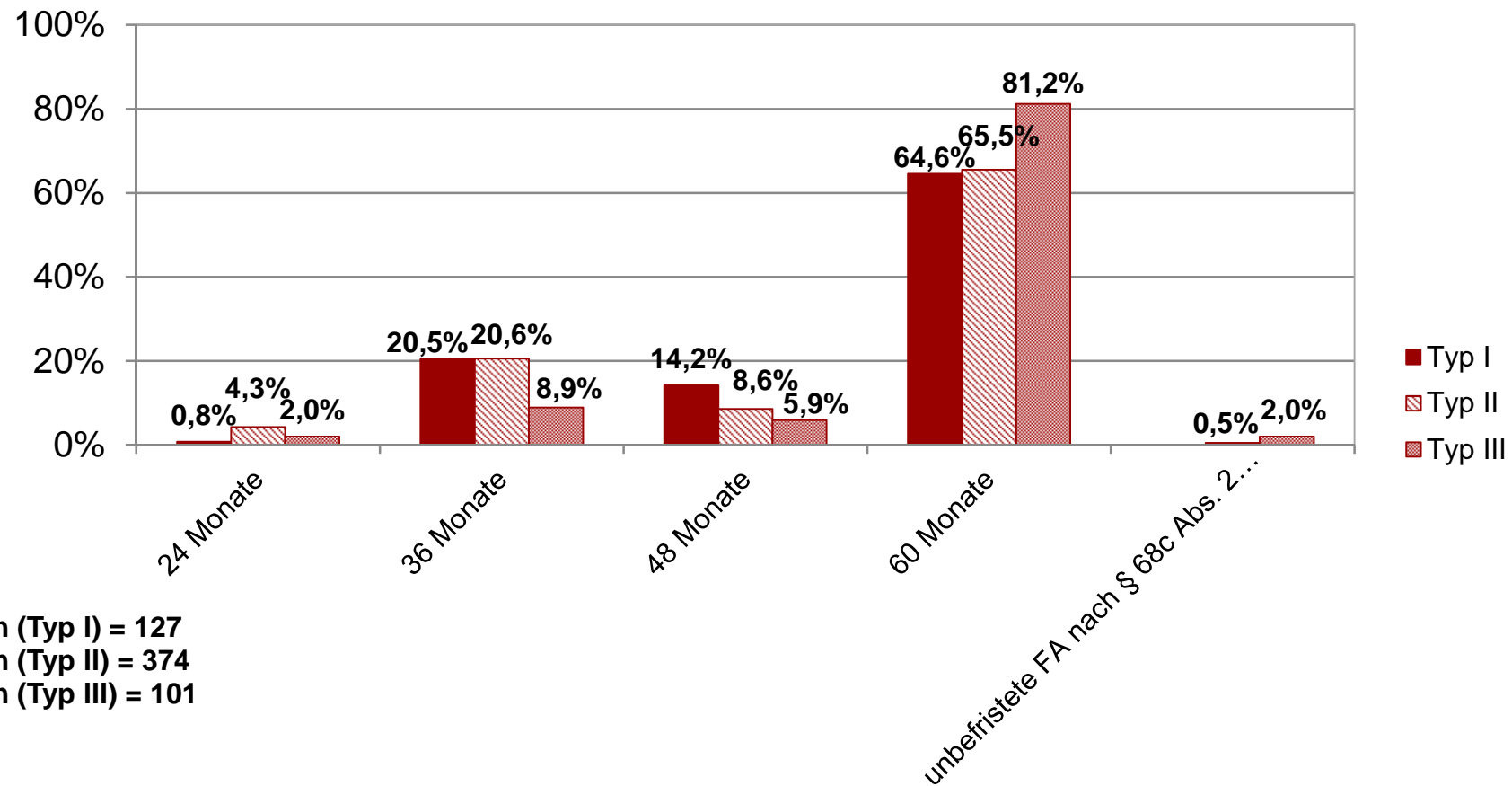
rechtlicher Ausgangspunkt

- die Führungsaufsicht ist eine Maßregel von unbestimmter Dauer
die Praxis, im FA-Beschluss eine bestimmte Dauer festzusetzen, ist ein bewährungsanalogenes Vorgehen, das § 68c Abs. 1 StGB nicht vorsieht
- die Führungsaufsicht kennt nur eine Mindest- und eine Höchstfrist

rechtstatsächliche Situation

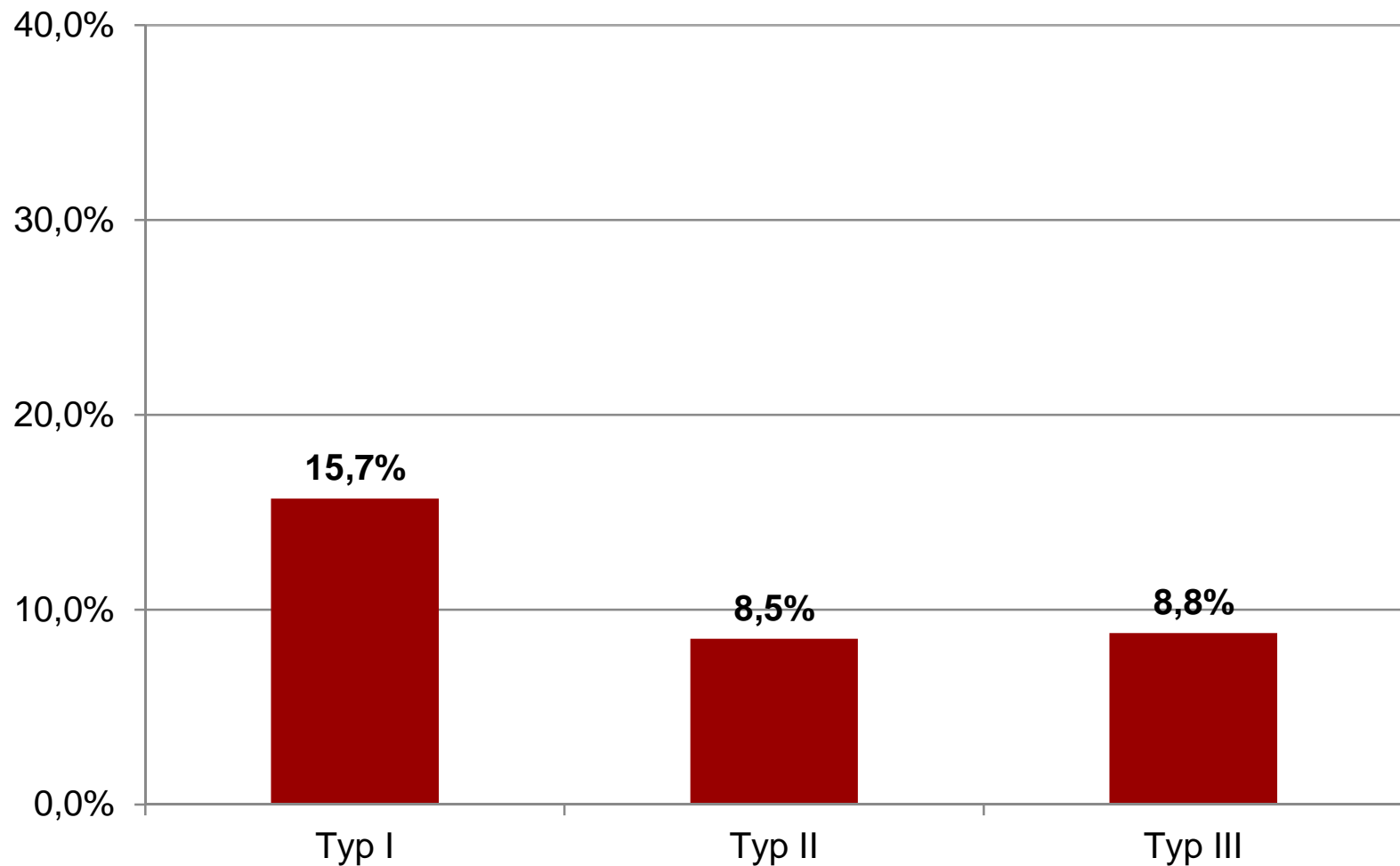
- üblich ist die Festsetzung einer fünfjährigen Führungsaufsichtsdauer
contra legem
- Nachtragsentscheidungen (Verkürzungen oder Verlängerungen) sind selten
- Entfristungen sind selten
- erstaunlich häufig dauern Führungsaufsichten deutlich mehr als fünf Jahre
Hauptgründe: § 68c Abs. 4 StGB, § 68e Abs. 1 S. 2 StGB

anfängliche Dauer der Führungsaufsicht



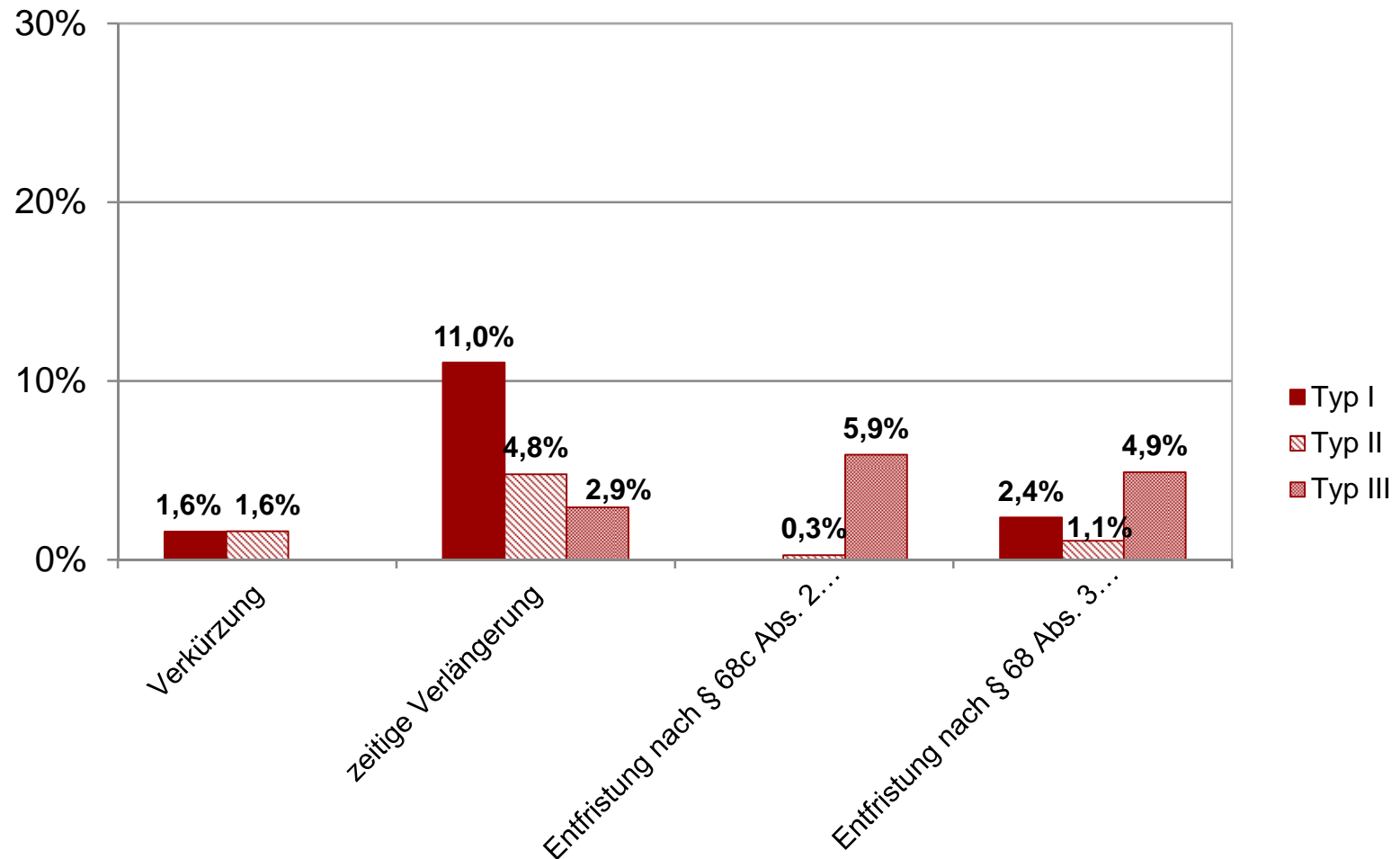
Häufigkeit von Nachtragsentscheidungen bezüglich der Führungsaufsichtsdauer

n (Typ I) = 376
n (Typ II) = 127
n (Typ III) = 102



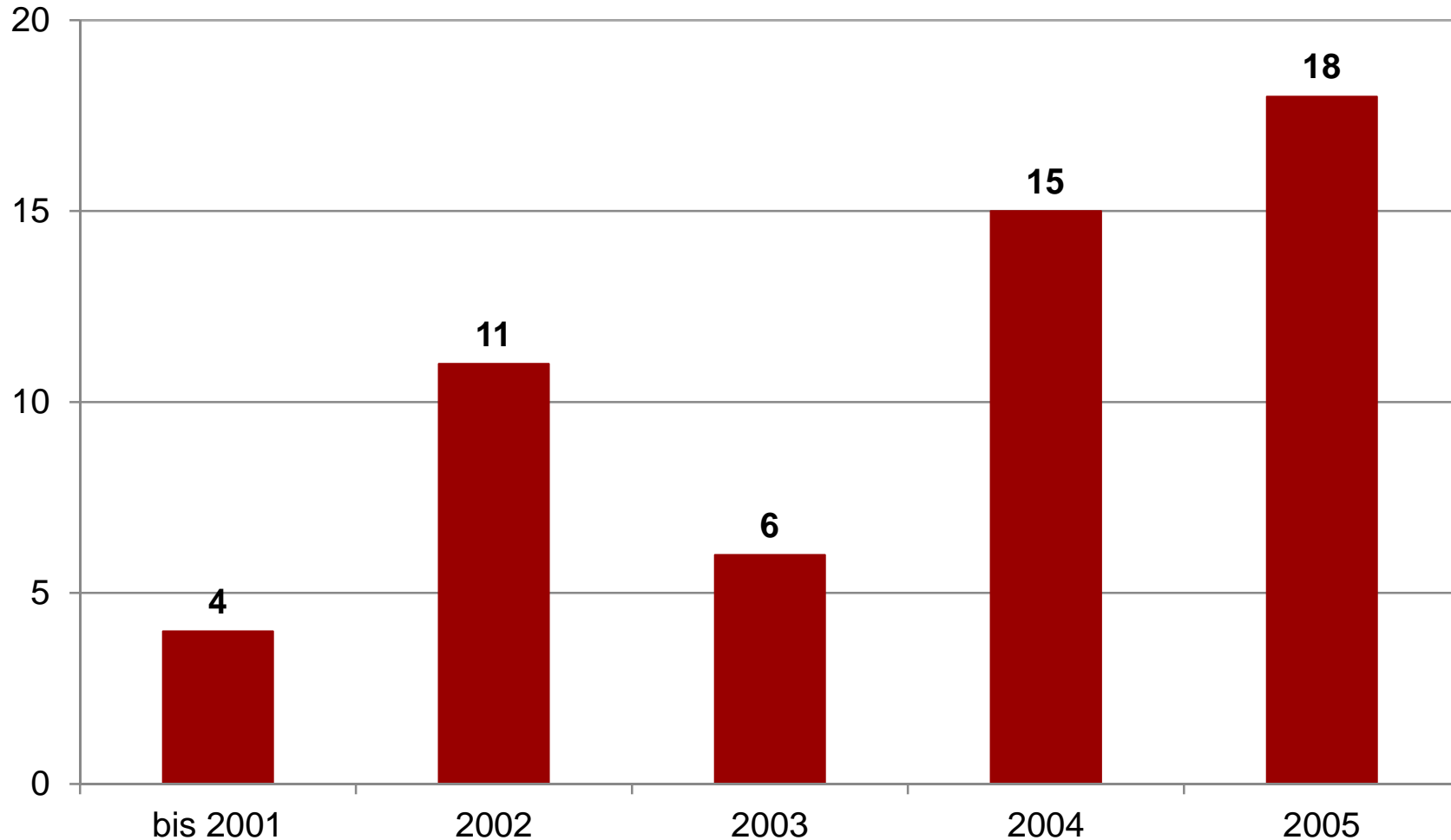
Arten der Abänderung der Führungsaufsichtsdauer

n (Typ I) = 127
 n (Typ II) = 376
 n (Typ III) = 102



Eintrittsdatum von Führungsaufsichten mit mehr als fünfjähriger Laufzeit zum Erhebungszeitpunkt (2012)

n = 54



Problembereich 5:

Dauer der Führungsaufsicht
Praktische Folgerungen

Ausgangspunkt

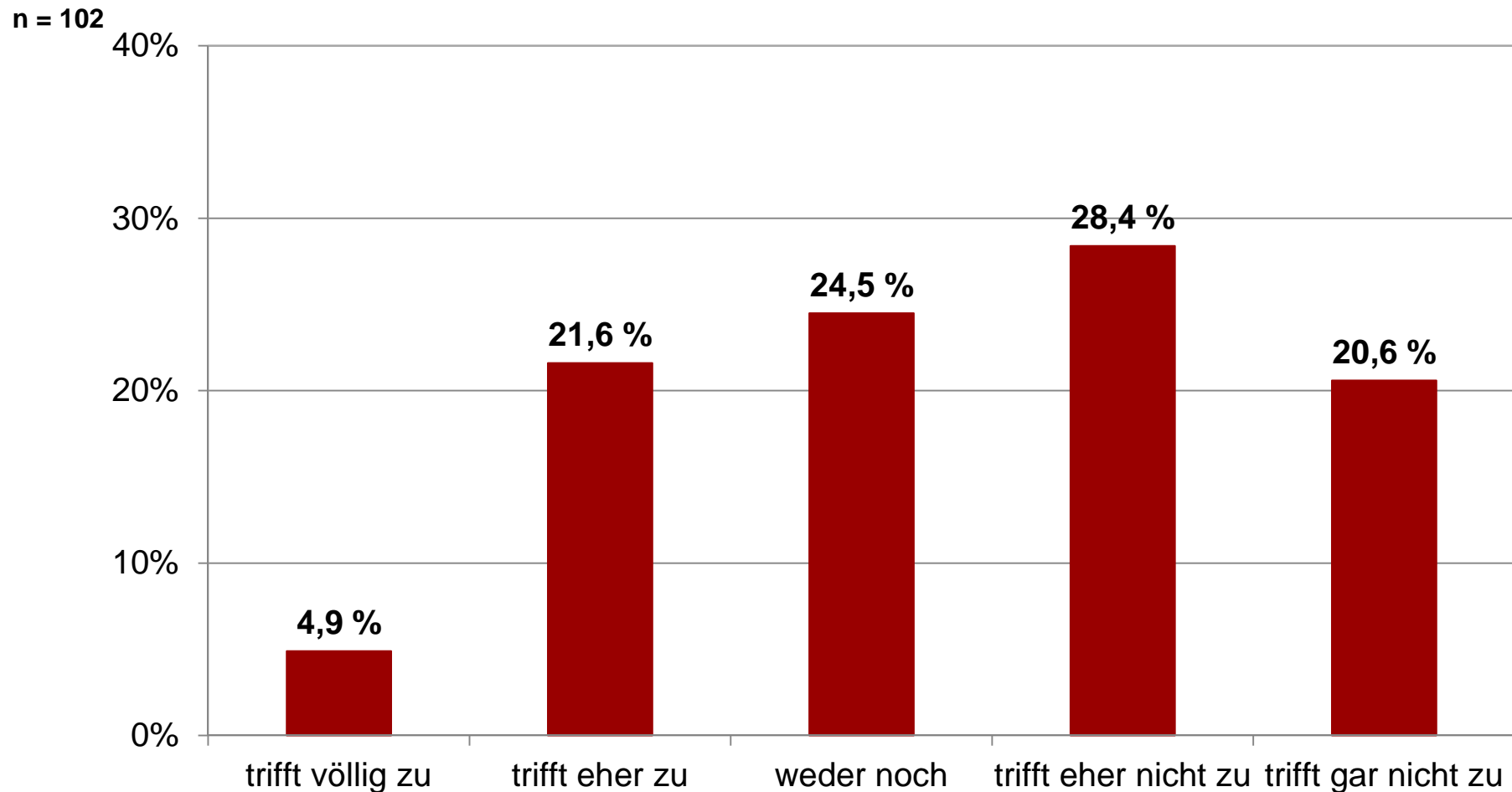
- die anfänglich festgesetzte Dauer einer Führungsaufsicht wird kaum revidiert
- damit dauern Führungsaufsichten relativ unterschiedslos fünf Jahre

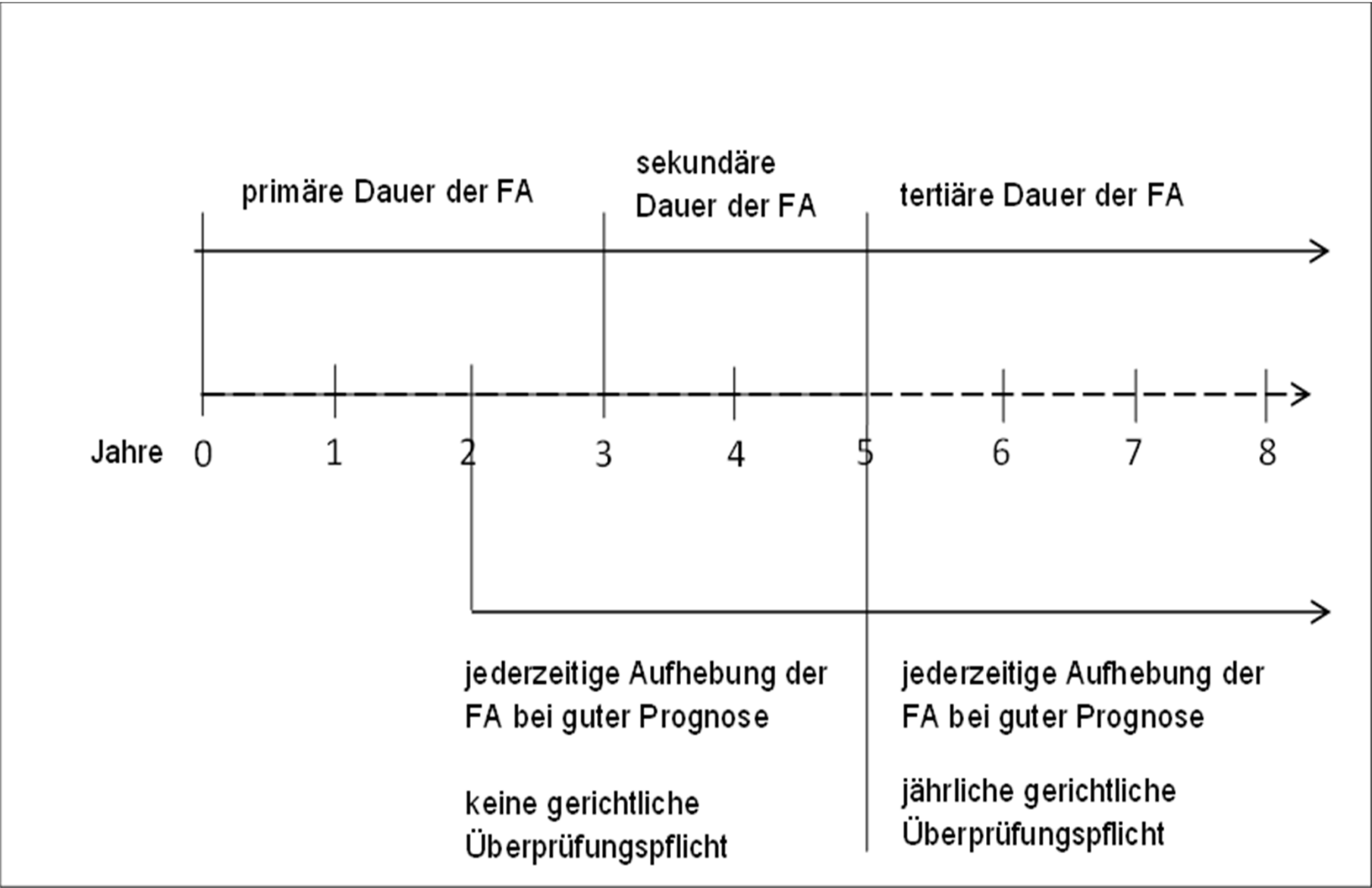
Problem

eine schematische Dauer der Führungsaufsicht von fünf Jahren ist kritisch

- aus Verhältnismäßigkeitsgründen darf die Maßregel Führungsaufsicht nicht länger vollzogen werden als notwendig
- Justizökonomie
- Verlängerungsmöglichkeit als weiteres Implementierungsinstrument neben § 145a StGB
vor allem in Typ-III-Führungsaufsichten

„Im anfänglichen FA-Beschluss sollte möglichst nicht die Höchstfrist der FA von fünf Jahren verhängt werden, um mit einer drohenden Verlängerung der FA ein weiteres Druckmittel auf den Probanden zu haben.“ (StVK-Richter)





Kontakt

Dr. Alexander Baur, M.A./B.Sc.

Hochgratstraße 31

D-88289 Waldburg

ab@alexander-baur.de